

Tagebuch 1949

Ein neuer Kurs? – Reform der Jugendarbeit – Parteitag der Liberalen in Eisenach

Mittwoch, den 5. Januar 1949

Gestern spät abends von Friedrichroda nach Potsdam zurückgekehrt. Kurzer Zwischenaufenthalt und Mittagessen in Erfurt. Spaziergang in Bahnhofsnähe. Kaum Kriegszerstörungen zu bemerken. Im wohlgeheizten, aber unbeleuchteten D-Zug nach Berlin eine junge Frau mit ihrem vierjährigen Buben. Wir kommen ins Gespräch. Sie stammt aus Schlesien, war dort ein halbes Jahr lang von den Russen zwangsverpflichtet. Ihr Mann wurde von den Sowjets verhaftet und starb. Sie ging mit ihrem kleinen Kind nach Berlin und arbeitet dort als Lehrerin an einer Sonderschule. Jetzt kam die Unbekannte aus Westdeutschland. Dorthin hatte sie ihren Jungen vor einigen Wochen zu Verwandten gebracht und ihn nun wieder abholt. Das bedeutete insgesamt vier illegale Grenzüberschreitungen. Bei der letzten, von West nach Ost, war sie erwischt und zusammen mit ihrem Kind 24 Stunden lang von den Russen eingesperrt worden. Nach sechseinhalb Stunden Bahnfahrt weiß ich fast die ganze Lebensgeschichte meiner sympathischen Reisegefährtin.

Montag, den 10. Januar 1949

Es wird sehr schwer fallen, den „neuen Kurs“ Prof. Kastners in der LDP populär zu machen. Denn inzwischen gehen die Aktionen gegen die Partei unvermindert weiter. Entlassungen von Parteifreunden aus den Verwaltungen und vor allem weitere Verhaftungen werden zum Jahresbeginn gemeldet. Schwerpunkt dieser Aktionen soll gegenwärtig Thüringen sein. Am Sonnabend tauchte sogar das Gerücht auf, der thüringische Justizminister Leonhard Moog sei abgeholt worden. Das traf aber nicht zu.

Mit Freuden begrüßten wir darum heute morgen de Vries, der verspätet aus dem Weihnachtsurlaub in Gera nach Potsdam zurückkehrte. Wir hatten schon das Schlimmste befürchtet. Kapitän Zerebrennek hat sich heute bei Fräulein T. eingehend nach den Freunden von de Vries erkundigt, insbesondere, wer in der Landesleitung freundschaftliche Beziehungen zu ihm unterhalte. Ich bin der einzige.

Mittwoch, den 19. Januar 1949

Optimisten glauben, daß der politische Kurs der Ostzone in Zukunft nicht mehr ganz so radikal links gesteuert wird wie bisher. Man nimmt an, die

SMA werde – in der Hoffnung auf Herstellung der deutschen Einheit unter russischem Protektorat – die Zügel ein wenig lockerer lassen.

Was könnte Moskau zu dieser Hoffnung berechtigen? Gewiß die außenpolitischen Eiseleien der Westmächte während der letzten Wochen: das Ruhrstatut z. B. oder die wohlwollende Behandlung gewisser Annektionsabsichten unserer westlichen Nachbarn. So wollen sich Holland und Luxemburg an deutschem Land bereichern. Frankreich hat sich bereits den fettesten Happen geschnappt – das Saargebiet.

Und was berechtigt uns zu der Hoffnung auf Milderung des Terrors? In erster Linie wohl die Erklärungen von Pieck, Ulbricht und Fechner, die plötzlich einen fast versöhnlichen Ton anschlugen und sich ziemlich weitgehend vom revolutionären Weg zur Diktatur des Proletariats distanzieren.⁸⁷ Aber darf man ihnen glauben? Wohl nur mit Einschränkungen. Immerhin legt der Russe gegenwärtig erneut besonderen Wert auf die „Volkskongreßbewegung“, die in den letzten Monaten zu ausschließlich wirtschaftlicher Tätigkeit verurteilt war. Nun heißt ihre Aufgabe wieder: „Einheit und gerechter Frieden“. Interessant ist aber auch, daß neuerdings nicht mehr der von den Russen protegierte Prof. Kastner, sondern Dr. Hamann der Favorit im Rennen um den Parteivorsitz sein soll. Ob das als ein Zeichen für einen milderen Kurs der SMA gegenüber der LDP gewertet werden kann?

Aus dem Bericht des Landesverbandes Brandenburg an die SMA vom 8. 1. 49:

„Das in der letzten Stunde des alten Jahres veröffentlichte Pieck-Interview, in dem der Vorsitzende der SED sich klar und eindeutig zur Blockpolitik bekennt und die Schaffung einer sogenannten Volksdemokratie in der Ostzone in Abrede stellt, dürfte vielleicht zu der Hoffnung berechtigen, daß die Maßnahmen der SED gegen unsere Partei, die nach und nach zur weitgehenden Ausschaltung der LDP bei der Mitarbeit an der Gestaltung unseres wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens hätten führen können, nunmehr endgültig abgestoppt werden ...“

Im Monat Dezember war die Stimmung weniger denn je auf politische Fragen konzentriert. Die Schwierigkeiten des Winters wie die Vorbereitungen des Weihnachtsfestes, das wie stets alle Aufmerksamkeit des einzelnen auf sein privates oder Familienleben lenkt, hatten eine weitgehende Ablenkung von allem politischen Interesse zur Folge. Die materielle Notlage, d. h. die Einschränkungen auf dem Gebiet der Ernährung, der Heizung, Kleidung und Wohnung wurde noch immer in weiten Kreisen als drückend empfunden, vor allem da, wo unzureichende Einkommen die Inanspruchnahme der freien Läden verhinderten. Namentlich unter den Älteren, die auf ihre Rente angewiesen und in die Kartengruppe IV eingestuft sind, herrscht Unzufriedenheit und geradezu eine direkte Notlage.“

Sonnabend, den 22. Januar 1949

Am Donnerstag um 13 Uhr trat der Zonenjugendausschuß in Berlin zu seiner wahrscheinlich letzten Sitzung zusammen. Dr. Hamann gab in einem Kurzreferat die Gründe für eine notwendige Neuorganisation der LDP-Jugendarbeit in der Ostzone bekannt. Unbeeinflußt von gewisser Seite –

wie er sagte – mache er den Vorschlag, die Jugend aus der vordersten politischen Front herauszuziehen, d.h. die Jugendausschüsse aufzulösen, die Jugendreferenten und Jugendsekretäre abzuschaffen und die Jugendlichen unmittelbar in den Parteiämtern, den Verwaltungs- und Selbstverwaltungsstellen tätig werden zu lassen. Der Zeitpunkt für eine solche Umstellung sei auch deshalb gekommen, weil eine „Umschichtung der Gewalten“ unmittelbar bevorstehe. Am 1. Februar finde die erste Vollsitzung der DWK statt, an der die LDP mit einer 15 Mann starken Fraktion teilnehmen werde. Es sei notwendig, auch hier Vertreter der Jugend einzuschalten. Außerdem sei in einzelnen Parlamenten der Zone unsere Kandidatenliste erschöpft. Auch darüber müsse man sich Gedanken machen. Er schlage also vor, bei allen Parteiorganisationen anstelle der Jugendausschüsse Jugendbeiräte zu bilden, die sich aus jungen Parteifunktionären und in der Jugendarbeit und Verwaltung tätigen jungen LDP-Mitgliedern zusammensetzen.

Wir haben im Ausschuß lange das Für und Wider dieses Vorschlages diskutiert. Esch (Mecklenburg) meinte, das Hauptproblem liege nicht im Organisatorischen, sondern darin, daß es in der LDP „mindestens sechs verschiedene Strömungen“ gebe, die aus den verschiedenen früheren Parteien wie der Deutsch-Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei usw. kämen. Es sei kein Wunder, wenn sich eine solche Partei nicht zu klaren Entscheidungen durchringen könne. Die Partei müsse endlich einen Weg finden, die der Geschichte des Liberalismus gerecht werde. Sie müsse sich zu einer klaren, einheitlichen Linie bekennen. Esch empfahl ein intensives Studium der Geschichte des Liberalismus.

Ich unterstützte die Ausführungen Eschs und riet zu einer intensiven politischen Schulung der jungen Parteifreunde in den Beiräten sowie zu einer strafferen Führung der Partei. Nur Sigrid Lüders wandte sich entschieden gegen eine Auflösung der Jugendausschüsse. Wir einigten uns schließlich darauf, die gegenwärtige Organisationsform der Jugendarbeit bis zum Parteitag im Februar beizubehalten. Inzwischen soll aber bereits die Konstituierung der Jugendbeiräte erfolgen. Eine Presseveröffentlichung über diesen Beschluß wurde allseits als verfrüht abgelehnt. Ich habe mit von Koerber verabredet, für den Fall eines Parteitagsbeschlusses über die Reform der Jugendarbeit im Potsdamer Kreisverband Diskussionsabende zu veranstalten, zu denen vorwiegend Jugendliche eingeladen werden sollen. Hamann ging übrigens am Schluß unserer Berliner Diskussion auf den Vorschlag ein, die Schulung der Parteimitglieder zu verstärken. Er teilte mit, daß sich der Zonenvorstand am 21. Januar mit dem Plan beschäftigen werde, eine zonale Parteischule zu errichten. Die organisatorische wie auch die finanzielle Seite dieses Projektes seien weitgehend gelöst.

Mittwoch, den 26. Januar 1949

Gestern abend in der neuen HO-Gaststätte Börse ein langes Gespräch mit de Vries über unsere politische Arbeit. Ihn bedrückt genau wie mich der Gedanke, daß unsere Tätigkeit in der LDP bald an jenen Punkt gelangt ist, da weiteres Mitmachen zum Verrat am eigenen Volk werden kann. Wie lange noch dürfen wir dieses System durch unsere – wenn auch erzwungene – Zusammenarbeit mit den Kräften des Weltkommunismus legalisieren? Wir wußten darauf beide keine Antwort.

De Vries berichtete über Gespräche, die er gestern mit Offizieren der SMA geführt hat. Man habe ihn davor gewarnt, weiterhin mit soviel Aktivität in den Kreisverbänden zu arbeiten, und behauptet, er stehe mit Schwennicke in Verbindung (was nicht stimmt!). Man wird ihn nun wohl bald „abschießen“. Ich bat ihn, sich eine Zeitlang politisch etwas zurückzuhalten. Er will es tun.

Freitag, den 4. Februar 1949

Am Dienstag und Mittwoch in Cottbus zur Landesarbeitstagung der Volkskongreßbewegung Land Brandenburg „gegen Ruhrdiktat und Besatzungsstatut“.⁸⁸ Am Dienstagabend ein Festessen mit dem dortigen Kreisvolksausschuß, anschließend bis 5.30 Uhr morgens bei reichlich Alkohol politische Diskussionen im Hotel. Hoffentlich habe ich nicht zuviel Unsinn geredet. Am späten Mittwoch vormittag dann die feierliche Eröffnung der Arbeitstagung in den „Stadtsälen“, mit Beethovens Leonoren-Ouvertüre Nr. 3. Es klang ziemlich schlimm. Koerber sprach dann als Volksrat über die Arbeit der Volksausschüsse im Lande Brandenburg. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, W. Koenen. Er agitierte gegen Ruhrdiktat und Besatzungsstatut. Seine Rede war eine Variation der zu Beginn der Tagung bereits gedruckt vorgelegten Entschliebung.

Darin werden den Westmächten die massivsten Vorwürfe gemacht: die „anglo-amerikanischen Imperialisten und ihr französischer Anhang“ hätten das Ruhrgebiet „zu einem ihrer schrankenlosen Profitgier ausgelieferten Ausbeutungsobjekt gemacht“. Die „Herren der internationalen Truste und Monopole“ hätten damit ihr Ziel erreicht, „Westdeutschland zur Kolonie zu degradieren“. Im zweiten Teil der Resolution werden „Frauen und Mütter“ gefragt, ob sie „noch einmal in tränendurchwachten Nächten um das Leben (ihrer) Lieben bangen“ wollten und aufgerufen, den „Machenschaften des internationalen Monopolkapitals und seiner deutschen Strohänner“ die „nationale Selbsthilfe“ entgegenzustellen. Und diese „Selbsthilfe“ ist natürlich wieder einmal – der Zweijahresplan!

Diese Tiraden stehen im Widerspruch zu sensationell aufgemachten Meldungen aus London über einen angeblichen Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik. So berichtete die „Welt“ am 29. Januar, diplo-

matische Kreise in der britischen Hauptstadt hätten Grund zu der Annahme, „daß sich in der Politik Sowjetrußlands gegenüber Deutschland gegenwärtig Änderungen vorbereiten“. Dabei stützen sich die Briten – nach Angabe der Zeitung – auf die nachträgliche Sperrung einer Rede Oberst Tulpanows vor der jüngsten Parteikonferenz der SED; auf die von Ulbricht am 27. Januar abgegebene Erklärung, wonach die SED „Berlin als die Hauptstadt Deutschlands und nicht als eine Stadt der sowjetischen Zone“ betrachte; und auf Berichte aus der Tschechoslowakei über eine Geheimkonferenz zwischen Wyschinskij und tschechischen Politikern. Nun spekuliert man auf eine sowjetische Friedensoffensive, ausgelöst durch die Erfolge der Berliner Luftbrücke. –

Heute erfuhr ich, daß Parteifreund H. am 6.12.1948 an der Zonengrenze von den Russen verhaftet wurde. Er hatte im November, aus dem Westen kommend, bei mir vorgesprochen. Ich gab ihm damals politisches Material über die Zone zur Information für Westdeutschland mit. Hoffentlich sind die Unterlagen nicht der Besatzungsmacht in die Hände gefallen.

Mittwoch, den 9. Februar 1949

Heute vormittag Sitzung des Landesjugendausschusses im Landtag. Ich berichtete über die Beschlüsse der letzten Sitzung des Zonenausschusses. Man fragte nach dem Vorteil, den sich die Parteileitung von dieser Umorganisation verspricht. Die von Hamann in Berlin gegebenen Begründungen schienen nicht alle zu überzeugen. Vor allem sehen sie Schwierigkeiten mit den eigenen Parteiverbänden, auf die auch wir schon Dr. Hamann hingewiesen haben.

Wir waren uns aber prinzipiell darüber einig, daß die Erneuerung der Partei von der Jugend ausgehen müsse. Manche gingen sogar so weit, die Bildung einer Art von Polit-Büros in der LDP zu fordern, deren Aufgabe es wäre, unsere Parteifunktionäre zu kontrollieren, die sich z. T. durch beachtliche Unfähigkeit und Schlafmützigkeit auszeichnen. Wir müssen vor allem achthaben auf die „Sozis“, die in der LDP Unterschlupf gefunden haben, um unter deren Deckmantel die alte sozialdemokratische Parteiarbeit fortzusetzen und die LDP-Politik systematisch zu sabotieren. Diese Leute sitzen zum Teil in den Orts- und Kreisvorständen unserer Partei und machen jede Politik, nur keine liberale!

Ich berichtete dem Ausschuß ferner über die Stellungnahmen der Kreisverbände zum Verfassungsentwurf des Volksrates. Im allgemeinen diskutierten die Kreise nur Artikel 42 (Wahlalter) und die Artikel 18 bis 24, die sich mit der Wirtschaftsordnung der „demokratischen Volksrepublik“ beschäftigen. Einige Kreisverbände haben sich trotz wiederholter Aufforderung überhaupt nicht geäußert. Von besonderer Bedeutung ist auch die Frage, ob bei Parteiaustritten die Mandate an die Partei zurückgegeben werden sollen. Die LDP ist für eine entsprechende Regelung, SED und

CDU aber sind dagegen. Parteifreund St. wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine prinzipielle Regelung dieser Frage in unserem Sinne schon deshalb schwierig sei, weil in kleineren Orten oft Personen und nicht Parteien gewählt würden. Kein Abgeordneter könne zur Abgabe seines Mandats gezwungen werden.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA in Potsdam vom 5. 2. 1949:

„Im Mittelpunkt des Interesses stand für die Bevölkerung nach wie vor die Frage der Versorgung, wobei immer wieder bemängelt wurde, daß die neu errichteten Läden der Handels-Organisation (HO) so enorm hohe Preise für ihre Waren ausgesetzt haben, die es der Masse der schaffenden Menschen praktisch unmöglich machen, ihren Bedarf dort zu decken. Besonders ungünstig wird dabei von der Bevölkerung vermerkt, daß man jetzt seitens der HO sogar noch daran geht, einzelne Preise zu erhöhen, statt sie allmählich abzubauen, wie es ursprünglich einmal vorgesehen war. Als eine besondere Härte wird es von den Handwerkern und privaten Unternehmern angesehen, daß sie bei mehr als 5 bzw. 10 Angestellten keine Punktkarten erhalten und daß darüber hinaus sogar auch ihre Angehörigen bei der Textilverteilung nicht berücksichtigt werden. Diese Maßnahme erscheint besonders im Hinblick auf die immer wieder geforderte Einschaltung der Privatindustrie in den Wiederaufbau im Rahmen des Zweijahresplans völlig unverständlich.

Die kritische außenpolitische Lage wirkt sich weiterhin außerordentlich negativ auf die Stimmung der Bevölkerung aus und hat eine immer stärker werdende Interesselosigkeit an dem politischen Geschehen zur Folge. Das kommt auch besonders in den durchschnittlich schlecht besuchten politischen Versammlungen, Veranstaltungen, Kundgebungen etc. zum Ausdruck, wobei man selbst den Fragen der Volkskongreßbewegung gegenüber eine zunehmende Gleichgültigkeit beobachten konnte.“

Donnerstag, den 17. Februar 1949

Am vergangenen Wochenende mit dem Personenzug nach Spremberg zu einer Kreisdelegiertentagung der LDP, um dort ein wenig auf die Vorstandswahlen Einfluß zu nehmen. Am Vorabend der Tagung hatte mich der Kreisvorsitzende zu einem Kostümfest mitgeschleift, als ich um Mitternacht auf dem Bahnhof Spremberg gelandet war. Seine kaum verhüllte Absicht, meine Unterstützung für seine Wiederwahl am Sonntag zu erhalten, stand indessen zu den Plänen der Landesleitung nicht im Widerspruch. Gewiß: M. ist ein recht schwacher Kreisvorsitzender in unserem schwächsten Kreisverband und genießt darum auch bei seinen Parteifreunden wenig Ansehen. Sein Rivale ist wohl etwas fähiger, dafür aber ein korrupter Mensch. So versuchte ich mein Referat am Sonntag vormittag im Gasthof „Zur Post“ so einzurichten, daß es die Wiederwahl des Herrn M. begünstigte. Es klappte auch alles wie gewünscht. Zum Dank lud mich der neu- und wiedergewählte Vorsitzende zu einem sehr gehaltvollen Mittagessen ein. An diesem Tage wurde ich übrigens 27.

Am 24. Februar fahre ich nach Eisenach zum Zonenparteitag der LDP. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Neuwahlen zum Parteivorstand und die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms. Hoffentlich

tragen die Eisenacher Tage dazu bei, die Situation in unserer Partei zu klären und ihr eine feste und verantwortungsbewußte Führung zu geben. Prof. Kastner und Dr. Hamann werden ein Jahr lang die Möglichkeit haben, die Richtigkeit und den Wert ihres Kurses zu beweisen, von dem ich glaube, daß er allein uns aus dem Zustand des ewigen „Schwimmens“ noch befreien könnte. Es gibt allerdings in der Mitgliedschaft eine starke Opposition gegen Kastner, und so kann es in Eisenach auch „Pannen“ geben. Aber die SMA hat bereits dafür gesorgt, daß nur Vertreter des „fortschrittlichen Kurses“ als Delegierte nach Eisenach fahren. Kastnergegner wurden vielfach von den Delegiertenlisten gestrichen. Das nennt man „geleitete Demokratie“.

Dienstag, den 1. März 1949 (Fastnacht)

Eisenach ist vorüber, und die LDP hat ihre neue Führung. Der Verlauf des Parteitages hat bei den Parteifreunden eine optimistische Stimmung hervorgerufen. Trotz mancher Schwierigkeiten zeigte die Partei schließlich doch ein Bild beachtlicher Geschlossenheit und politischer Entschlossenheit. Das neue Programm ist sehr gelungen: klar, eindeutig, wie aus einem Guß, sehr liberal und realistisch. Damit werden wir gut arbeiten können.

Als de Vries und ich am Morgen des 25. Februar nach insgesamt 11½-stündiger Bahnfahrt völlig übermüdet in Eisenach eintrafen, erwarteten uns im Hotel böse Nachrichten. Eine Reihe der anreisenden Parteimitglieder war in mehr oder minder schwere Autounfälle verwickelt worden. Besonders schlimm hatte es den Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen, Brettschneider getroffen, der inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen ist. – Wir legten uns erst einmal für ein paar Stunden aufs Ohr und wanderten dann am Nachmittag auf die Wartburg, einst das Symbol der Einheit – heute der Zersplitterung Deutschlands.

Am Sonnabendmorgen versammelten sich im großen Saal des Hotels „Fürstenhof“ die Delegierten und Gäste aus allen Teilen der Zone. Der Raum war sehr geschmackvoll mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und Bildern deutscher Städte geschmückt, die Bühne schwarz ausgeschlagen; eine Pylone trug das Bild des verstorbenen Vorsitzenden Külz. Der Vorstandstisch auch kunstvoll mit schwarz-rot-goldenen Fahnen drapiert. Über dem Saal lag eine gespannte Atmosphäre.

Ich nahm mit de Vries auf der Galerie an der Längsseite des Saales Platz und beobachtete von oben das Geschehen. An langen Tischen saßen die Landesverbände geschlossen nebeneinander. An der Spitze der Tische, gegenüber der Bühne, jeweils die politischen Offiziere der Sowjetischen Militäradministrationen der Länder. Zu Beginn der Tagung erschien auch noch der Leiter der Informationsabteilung der SMA Karlshorst, Oberst Tulpanow, mit seinen Offizieren. Er setzte sich an einem Tisch an der rechten Seite des Saales unter die dortige Empore. Das Philharmonische

Orchester der Stadt Eisenach spielte die für Kongreßeröffnungen offenbar unvermeidliche Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven. Ein Schauspieler des Stadttheaters rezitierte „Goetheworte“ (es ist ja Goethejahr!), und das Orchester musizierte erneut, diesmal Richard Straußens Festmarsch. Dann Begrüßungsansprachen und Regularien. Nach der Mittagspause zunächst Satzungsänderungen – die Jugendausschüsse wurden in Beiräte umgewandelt – Geschäfts-, Finanz- und Prüfungsberichte. Endlich, am späten Nachmittag, die „Wahl des Parteivorsitzenden“, wie es auf der gedruckten Tagesordnung nicht ganz der Wahrheit entsprechend hieß. Denn korrekt hätte es natürlich „Wahl *der* Parteivorsitzenden“ heißen müssen, nachdem der Hauptausschuß der Partei am Freitagvormittag dem offenbar von der SMA lancierten Vorschlag zugestimmt hatte, nicht einen Vorsitzenden, sondern ein „Gespann“ zu wählen, das aus den Herren Hamann und Kastner bestehen sollte.

Trotz dieses Beschlusses schien die Rechnung der SMA und der Parteiführung zunächst nicht aufzugehen. Mecklenburgische Delegierte berichteten uns am Sonnabendmorgen, ihr Landesverband werde am Nachmittag geschlossen gegen Prof. Kastner stimmen. Als dann Leonhard Moog, der die Vorstandswahlen leitete, den Wahlvorschlag Hamann – Kastner zur Abstimmung stellte und die Delegierten bat, durch Erheben von den Plätzen diesem Vorschlag ihre Zustimmung zu geben, blieben tatsächlich die meisten Delegierten Mecklenburgs, aber auch einige sächsische Delegierte sitzen. Moog bat erneut, durch Erheben die Zustimmung zu geben. Ich beobachtete, wie sich die „Sitzengebliebenen“ umschaute und wohl die Chance abschätzten, durch ihr Verhalten die Doppelwahl doch noch verhindern zu können. Bald sah man aber den einen oder anderen der Kastner-Gegner sich langsam erheben. Moog wartete geduldig, bis auch der letzte der Delegierten aufgestanden war: Kastner und Hamann waren nun einstimmig „gewählt“!^{88a}

Am Tage vor der Wahl war im Hauptausschuß das Wort gefallen, daß Kastner nur auf „den Schultern Hamanns“ durchgebracht werden könne. Koerber hatte sich, wie er mir am Sonntagabend in der Hotelbar berichtete, energisch gegen diese Formulierung gewandt. Er hielt sie für gefährlich, weil sie eine Art Rangordnung unter den Vorsitzenden festlegen würde, die tunlichst vermieden werden müsse. Gewiß besitzt Hamann ebenso viele Sympathien wie Kastner Antipathien. Die Beifallskundgebungen nach dem Rechenschaftsbericht Hamanns waren stürmisch, während sich Kastner am ersten Tage mit einem lauen, höflichen Applaus begnügen mußte. Doch als der beliebte Professor am zweiten Tag ein groß angelegtes, brillantes Referat gehalten hatte, gab es auch für ihn endlich brausenden Beifall des ganzen Parteitages.

Am Sonntag abend gab übrigens das Stadttheater Eisenach für die Delegierten und Gäste eine Sondervorstellung von Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick“. De Vries und mir hat dieses Stück sehr gefallen.

Sonntag, den 6. März 1949

Molotow wurde seines Postens enthoben und der Großinquisitor der Sowjetunion Wyschinskij sein Nachfolger. Diese sensationelle Neuigkeit brachte die Ostpresse gestern nur an beiläufiger Stelle, ganz kurz und ohne Kommentar. Dagegen informierte die Westpresse ihre Leser in großer Aufmachung mit Riesenschlagzeilen und Fotos von Molotow und Wyschinskij. Dieser Wechsel an der Spitze des sowjetischen Außenministeriums erfolgte – wie die „Welt“ gestern betonte – wenige Tage vor dem Abschluß des Nordatlantik-Paktes.⁸⁹ Einige politische Beobachter des Westens sehen in diesem Postenwechsel eine Neuorientierung der sowjetischen Politik im Sinne einer Verständigung mit dem Westen. Andere meinen, die Berufung des sowjetischen Chefdelegierten bei der UNO bedeute eine Verschärfung des Kurses der UdSSR und somit den unvermeidlichen Konflikt zwischen Ost und West. So erklärten diplomatische Kreise in Washington: „Dies bedeutet nichts Gutes“. Sie vermuten, daß die in Stalins jüngstem Presseinterview erkennbare versöhnliche Linie – Anregung zu einem Treffen mit Präsident Truman – nunmehr zu einem schroffen Ende gekommen sei. Warten wir es ab.

Sonnabend, den 12. März 1949

Die westliche Welt schließt sich gegen die sowjetische Aggression in dem sogenannten „Atlantikpakt“, einem zehn Staaten umfassenden militärischen Bündnis, zusammen. Die östliche Welt beantwortet diesen Schritt mit einer gigantischen Propaganda-Offensive, die an jüngst vergangene Zeiten erinnert. Wir Ostzonenbewohner sollen gezwungen werden, die kommunistische Aggression aktiv zu unterstützen, wie den Reden prominenter deutscher Kommunisten zu entnehmen ist.⁹⁰ Ich hatte in den letzten beiden Nächten bereits schlimme Kriegsträume. Bin wohl auch schon ein Opfer der gegenwärtigen hysterischen Krisenstimmung.

Das amtliche Nachrichtenblatt der FDJ („Juna“) schrieb in Nr. 7 des 3. Jahrganges vom Februar 1949: „Wir haben viel von Armeen gehört, aber wohl nur eine kennengelernt, die man, wenn man den Frieden liebt, mit ruhigem Gewissen achten, ja sogar lieben (!) kann ... Es ist keine Armee von Militaristen – solchen, die die Uniform lieben um der Uniform willen –, es ist eine Armee von Menschen, die mit dem Leben, mit dem Volk verbunden sind; Menschen, die Helden hervorgebracht haben ... Noch nie hat eine Armee so im Interesse der Arbeiter und Bauern gekämpft wie die Sowjetarmee ... im Interesse von Millionen, auch uns. Haben wir alle darüber nachgedacht, daß der Kampf der Sowjetarmee in unserem Interesse war ...? Die Sowjetarmee ist unser Freund ... sie ist die Armee des anbrechenden Morgens.“

Seit dem Parteitag hat die NKWD wieder zwei Funktionäre unserer Partei im Lande Brandenburg verhaftet: den kommissarischen Kreisvor-

sitzenden von Niederbarnim, Lang, und den kommissarischen Kreisvorsitzenden von Zauch-Belzig, Wenda. Die Sowjetarmee ist unser Freund ...

Donnerstag, den 17. März 1949

Auf der gestrigen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes gab von Koerber eine Art Verlustliste der brandenburgischen LDP bekannt. Er zählte zunächst die jüngst Verhafteten auf: Wenda, den er rechtzeitig gewarnt habe; Lang, bei dem angeblich 700 Dollar gefunden wurden. Er erwähnte die Aktion der Volkskontrolle gegen den Kreisvorsitzenden von Eberswalde, Richard T., bei dem man 20 Zentner Zuckerrüben entdeckt habe, die T. jedoch an seine Angestellten verteilen wollte. Parteifreund Sch. aus Britz sei nach einem schweren Zusammenstoß mit Bechler wegen der Blockpolitik aus der Partei ausgetreten. Noch immer beschäftige uns der Fall Kuhberg.⁹¹ Es seien in der Partei Strömungen vorhanden, die bewiesen, daß einige Mitglieder die Zeichen der Zeit nicht richtig erkannt hätten. Wir müßten uns von den Menschen in aller Freundschaft trennen, die einen anderen Weg betreten wollten. Die Partei sei „kein Verein von Philistern und Schwadronen“.

Auf diesen Bericht von Koerbers ging in der anschließenden Aussprache niemand auch nur mit einem Wort ein. Die Anwesenheit eines Vertreters der Besatzungsmacht gebot ohnehin Zurückhaltung. Diese ließ lediglich die Frauenreferentin, Parteifreundin L., am Ende der Sitzung vermissen, als sie in einem ganz anderen Zusammenhang plötzlich SMA und Landesleitung gemeinsam attackierte. Es ging hier um eine an sich belanglose Geschichte, eine der üblichen Redereien. Die beiden Vorstandsamen hatten gerade wieder einmal von Koerber wegen mangelnder Förderung der Frauen in der Partei kritisiert und ihm „den Krieg erklärt“. Koerber hatte diesen Angriff noch mit Humor hingenommen. Da meldete sich Frau L. erneut zum Wort und erzählte eine Geschichte von einer Parteifreundin R., die nach dem Westen gereist sei, um ihren dort lebenden Sohn zu besuchen. Nach Angaben von Frau L. habe daraufhin die SMA angerufen und sich erkundigt, wo Frau R. geblieben sei. Der sowjetische Anrufer habe den Verdacht geäußert, daß Frau R. – wie sich Frau L. ausdrückte – nach dem Westen „getürmt“ sei. L. behauptete nun, dieses Gerücht sei der SMA von der Landesleitung zugetragen worden. Sie nannte auch gleich die Namen der Verdächtigen: von Koerber, Steffen und Frl. T., die ihres Wissens einzig und allein zur SMA gingen. Von Koerber reagierte überaus heftig und rief Frau L. „zur Ordnung“. Er bat den anwesenden politischen Offizier der SMA, Kapitän Zerebrennek, um eine Stellungnahme. Der erklärte, ein Anruf der SMA mit dem von Frau L. behaupteten Inhalt sei nicht erfolgt. Auch habe er keinerlei Nachricht von außen in diesem Sinne erhalten.

Freitag, den 25. März 1949

In den letzten zehn Tagen acht Vorträge über das Eisenacher Programm: vor Parteifreunden in Bad Saarow, Fürstenwalde und Nauen, sowie vor Verwaltungsangestellten in Potsdam und Babelsberg. Dieses Programm bietet eine vorzügliche Möglichkeit, urliberale Vorstellungen (wie Ablehnung des Einparteiensystems, Bekenntnis zum Rechtsstaat, Ablehnung des Klassenkampfes, Plädoyer für die Privatwirtschaft u. s. f.) offen zu proklamieren, ohne der SED und der Besatzungsmacht die Handhabe zum Eingreifen zu geben. Erstaunlich positiv war die Reaktion auf den insgesamt fünf Veranstaltungen mit Potsdamer Verwaltungsangestellten. Gestern, beim letzten Vortrag im Sitzungssaal des Stadtparlaments, kam zum Schluß der Chef der Personalabteilung U. (SED) auf mich zu, drückte mir die Hand und gratulierte zum Erfolg. Sicherlich ein alter SPD-Genosse. Mühlmann behauptete heute nachmittag, den Kommunisten habe das freimütige Bekenntnis zum Liberalismus imponiert, ich würde es gern glauben.

Am Dienstag abend besuchte ich eine NDP-Versammlung im „Volks-theater“ (früher „Alter Fritz“) in der Zimmerstraße. Ich begründete in der Diskussion die kritische Einstellung der LDP zu dieser neuen Partei. Die „Tagespost“ berichtet heute darüber nicht sehr korrekt. Die „wachsende Aktivität“ dieser Partei (der NDP) – so meinte das Blatt – habe darin eine Bestätigung gefunden, „daß die LDP ihren Landesreferenten Schollwer entsandte, der mit der Frage, warum eigentlich noch eine neue Partei, indirekt eine gewisse Besorgnis vor kommenden Erfolgen der NDP bestätigte“. Die Wahrheit ist, daß meine Dienststelle von meinem beabsichtigten Besuch der Bolz-Partei gar nichts wußte. Auch sehen wir gerade nach Eisenach überhaupt keinen Anlaß zur Besorgnis vor Erfolgen dieser seltsamen Partei. Im Gegenteil!

Kriegsängste – Hauptausschuß in Leipzig – SMA gegen Herbstwahlen

Donnerstag, den 31. März 1949

Vormittags Sekretariatssitzung des Landesvolksausschusses. Hauptthema der Beratungen: die Vorbereitung der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß.⁹² Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat gestern die Einzelheiten festgelegt. Danach sollen die Wahlen am 15. und 16. Mai stattfinden. Wahlagitation und Abstimmung stehen unter der Losung „Für demokratische Einheit Deutschlands und baldigsten (!) gerechten Frieden“. Es sind insgesamt 1500 Delegierte zu wählen. Die Verteilung der Mandate

auf die Parteien und Massenorganisationen erfolgt nach dem bisher angewandten „Verteilungsschlüssel“. Das bedeutet konkret: SED und die von ihr abhängigen Massenorganisationen erhalten 850 Mandate, LDP und CDU je 225, NDP und DBD je 75. Für die drei westlichen Besatzungszonen werden insgesamt 500 Delegierte gewählt.

Zum Abstimmungsvorgang beschloß das Präsidium: jeder Wähler erhält im Abstimmungslokal einen Stimmzettel, auf dem die Namen der im Stimmkreis zu wählenden Delegierten verzeichnet sind. Die Liste der Kandidaten für den Stimmkreis steht in ihrer Gesamtheit zur Abstimmung (Einheitsliste). Der Wähler stimmt mit Ja oder Nein für diese Liste.

Koerber hat heute ein Rundschreiben an alle Kreisverbände versandt. Darin heißt es u. a.: „Die Vereinten Nationen haben sich als unfähig erwiesen, der Gefahr (Weststaat, Ruhrstatut, Besatzungsstatut) entgegenzutreten, sie sind deshalb nicht mehr als Friedensinstrument zu betrachten ... (Punktum!). Es müßte eine Friedenskonferenz in Permanenz tagen, bis die Gefahr eines Krieges endgültig überwunden ist.“⁹³

Gestern meldete die Westpresse in Schlagzeilen die Abberufung Sokolowskij von seinem Posten als Befehlshaber der sowjetischen Besatzungstreitkräfte. Der „Telegraf“ wies in seiner Meldung daraufhin, daß sich während der Amtszeit Sokolowskij die Beziehungen zwischen der SMA und den westlichen Besatzungsmächten ständig verschlechtert haben. Ist also die Ablösung des sowjetischen Marschalls ein neues (trügerisches?) Zeichen für einen milderen Kurs Moskaus gegenüber dem Westen?

Dienstag, den 5. April 1949

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA:

„Die außenpolitische Entwicklung mit ihren sich ständig verschärfenden Spannungen, die in erster Linie zu Lasten Deutschlands gehen, rufen bei der Bevölkerung Beunruhigung hervor; die Angst vor einem neuen furchtbaren Krieg ist allgemein. Überall wird die sogenannte Währungsumstellung in Westberlin als ein Schritt zur weiteren Zerreißung unseres Vaterlandes angesehen und abgelehnt.“⁹⁴ Gerade diese Maßnahme der Westmächte hat in den Bevölkerungskreisen eine verstärkte Ablehnung der westlichen Besatzungspolitik hervorgerufen ... Noch immer werden auch vereinzelt Klagen laut über Entlassungen aus dem Verwaltungsdienst aus parteipolitischen Gründen. Sehr häufig wird ferner der dringende Wunsch geäußert, daß durch Verhandlungen mit der SMA und der DWK eine Anzahl von offensichtlich zu Unrecht vorgenommenen Enteignungen von sonstigem Vermögen durch Revisionsverfahren endlich rückgängig gemacht wird ... “

Freitag, den 8. April 1949

Die am 15. und 16. Mai stattfindenden Volkskongreßwahlen stoßen bei der Bevölkerung auf Abneigung. Die Menschen fürchten, wieder einmal überfahren und betrogen zu werden. Ich teile diese Befürchtungen eigentlich nicht. Diese Veranstaltung dient ohnehin nur propagandistischen

Zwecken, daraus machen die Kommunisten ja auch kaum einen Hehl. Was ich befürchte, ist etwas ganz anderes: daß ein ungünstiges Wahlergebnis den sicheren Ausfall der versprochenen – echten – Herbstwahlen zur Folge hätte. Die Volkskongreßwahl scheint mir eine Art Generalprobe der Besatzungsmacht und der SED zu sein, um die Stimmung der Bevölkerung zu erkunden und festzustellen, ob wir Zonenbewohner schon genug „demokratisiert“ sind.

Inzwischen verschärft sich die außenpolitische Situation ständig. Der Atlantikpakt (Anti-Rußland-Pakt) wurde unterzeichnet, und das Bonner Parlament⁹⁵ lehnte jede Fühlungnahme mit der Ostzone ab. Die drüben sind genau so verblendet wie unsere „Volksdemokraten“. Wir Deutschen sind wohl zu dumm, um das Gebot der Stunde zu erkennen: Einigkeit!

Dienstag, den 12. April 1949

Gestern früh nach Leipzig zur Sitzung des Hauptausschusses der LDP im Neuen Rathaus. Die Tagesordnung enthielt 6 Punkte: Wahl des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter, Stellungnahme zum Weltfriedenskongreß⁹⁶, Aussprache über die Wahlen zum Volkskongreß, Finanzfragen der Partei, Satzungen über das Parteigerichtsverfahren und der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates. Dr. von Stoltzenberg wurde durch Akklamation zum Vorsitzenden, Stadtkämmerer Hans Meier aus Jena und Henze aus Staßfurt zu seinen Stellvertretern gewählt. Außerhalb der Tagesordnung hielt Kastner ein längeres und wie üblich schwungvolles und egozentrisches Referat über die Entwicklung der Partei seit Eisenach. Genüßlich berichtete er über seine Gespräche mit sowjetischen Vertretern in Moskau. Er habe, so Kastner, in der sowjetischen Hauptstadt vor einem großen Kreis von Künstlern und Wissenschaftlern erklärt, er bewundere, was sie mit ihrer Methode erreicht hätten. Aber als Nichtmarxist – „ich bin nicht Sozialist und auch nicht Kommunist“ – dürfe er vielleicht darauf aufmerksam machen, daß man sich vor dem Gedanken hüten müsse, ein solches Ergebnis rechtfertige auch die schematische Übertragung der Methoden auf ein Land mit ganz anderer wirtschaftlicher Entwicklung. Das lehne er ab. Und was habe er darauf zu hören bekommen? „Es kam einer der prominenten Leute und sagte mir, er habe meine Ausführungen mit Interesse gehört. Auch sie seien der Auffassung, daß eine schematische Übertragung ihrer Methoden nicht möglich sei.“ Kastner meinte, er wünschte, daß dieser Gedanke, der für Moskau selbstverständlich sei, auch hier in den Kreisen, „die insbesondere als Interpreten Moskauer Denkens hervortreten“, doch „bis zur letzten Wurzel“ Fuß fassen möge.

Später berichtete Dieckmann über seine jüngste Reise nach Westdeutschland. Er behauptete, die Bevölkerung Westdeutschlands sei mit den Machenschaften ihrer Vertreter im Bonner Parlamentarischen Rat überhaupt nicht einverstanden und bringe „unserem Kampf für die Wie-

derherstellung der deutschen Einheit“ außerordentlich großes Verständnis entgegen.

Längere Zeit debattierte der Hauptausschuß über Probleme der künftigen Parteifinanzierung. Es herrschte weithin Übereinstimmung, daß der Zentralfinanzierung der Vorzug zu geben sei.⁹⁷ Eine Dreierkommission soll dieses Problem prüfen und Vorschläge ausarbeiten.

Sonntag, den 24. April 1949

Am Donnerstag bei Kastner. Mir war von der Parteileitung (Flatau) ein Wink gegeben worden, daß er sich nach einem politischen Referenten umsehe. Flatau hatte auf mich hingewiesen. Das Gespräch mit dem Professor fand in dessen Büro in der DWK statt.

Kastner erkundigte sich nach meinen bisherigen Tätigkeiten, stellte weitere Fragen, die meine politischen und privaten Verhältnisse betrafen und entließ mich nach etwa 20 Minuten herablassend mit dem Bemerkten: er glaube, daß dieser Besuch nicht ganz vergeblich gewesen sei, wenn er mir auch keinerlei Versprechungen machen könne, wann ich meine neue Tätigkeit beginnen könne und ob überhaupt. Ich habe diesem Gespräch – wenn auch aus anderen Gründen – wenig Bedeutung beigemessen, obwohl ich wünschte, vom Landesverband fortzukommen. Kurz vor Ostern ist es nämlich zu einem sehr unerfreulichen Zusammenstoß mit von Koerber und dessen Sekretärin T. gekommen.

Am Freitag eine fast fünfstündige Sitzung des erweiterten Landesvorstandes im Restaurant „Volkstheater“. Koerber berichtete sehr unkonzentriert über den Eisenacher Parteitag und ging dabei auf die Beziehungen zur Sowjetunion ein, die er einen „politischen Förderer unserer eigenen Ideen“ nannte. Das bringe natürlich auch Verpflichtungen mit sich. Dann eine leise Drohung: es gebe noch immer Elemente, „die die politische Linie stören, die das Vertrauen (der Sowjetunion) untergraben, weil sie eine abwegige Politik treiben“. Koerber bat die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer, den Landesverband bei Parteiaustritten über die genauen Austrittsgründe zu unterrichten. „Die wirklichen Gründe möchten wir wissen, nicht die scheinbaren oder die formellen“, damit man daraus politische Lehren ziehen könne. Er redete dann noch viel über Blockpolitik, Zweijahresplan, die Zukunft der Privatindustrie, allgemeine und spezielle Wirtschaftsfragen, die Zukunft der Apotheker usw.

Nach diesem kunterbunten Durcheinander von politischen Fragen und Problemen ergriff Mühlmann das Wort. Er beschäftigte sich vor allem mit der Volkskongreßbewegung. Dabei versuchte er, die weitverbreiteten Bedenken gegen die Volkskongreßwahlen im Mai so zu artikulieren, daß ihm die SMA keinen Strick daraus drehen kann. Er schob die Annahme, „daß der Bildung eines deutschen Weststaates die eines Oststaates folgen und daß der aus dem 3. Volkskongreß hervorgehende Volksrat das Zonenpar-

lament unter mehr oder minder starker Ausschaltung der Länderparlamente darstellen werde“, einfach der „Propaganda aus dem Westen“ zu. Das könne schon deshalb nicht wahr sein, meinte er, weil sich hiergegen in der Bevölkerung berechtigte Bedenken erheben würden, da die Verteilung der Mandate für den Volkskongreß auf dem Wahlergebnis von vor bald drei Jahren beruhe. Eine neue Befragung der Wähler ergäbe voraussichtlich „eine erhebliche Veränderung in dem Stärkeverhältnis der Parteien“. M. erinnerte daran, daß von maßgebender Seite wiederholt versichert worden sei, der Volksrat solle nur für Einheit und Frieden wirken, an die Bildung eines deutschen Oststaates sei indessen nicht gedacht. „Dies würde dem von uns vertretenen Einheitsgedanken ja auch direkt widersprechen“, meinte Mühlmann treuherzig.

In der anschließenden Diskussion bemängelte Heinrich (Ruppin) den brandenburgischen Delegiertenschlüssel zum 3. Volkskongreß. Während man der CDU 35 Delegierte zugestanden habe, solle die LDP nur 20 stellen. Auch sei es nicht gerechtfertigt, daß die kleinen Parteien wie NDP und die Bauernpartei je 13 Delegierte zugeteilt bekämen. Müller (Frankfurt/O.) kritisierte, daß sich die LDP oft zum „Anwalt unzufriedener Elemente, besonders in der Wirtschaft“, gemacht habe. Man müsse sich von Leuten trennen, „die durchaus nicht ehrlich in ihrem politischen Handeln sein wollen“. Köhn (Wittenberge) ermahnte den Landesverband zu Parteidisziplin. Er beklagte, daß sein Kreisverband durch das Verhalten des Landesverbandes an Ansehen verloren habe. Nur Will (Perleberg) ging direkt auf Mühlmanns Ausführungen zu den Volkskongreßwahlen ein und bestätigte die Ansicht der Bevölkerung, daß die Mai-Wahl ein Ersatz für die kommenden richtigen Wahlen im Herbst sein sollte. Auf den kritischen Hinweis eines Kreisvorsitzenden, daß zur Pariser Friedenskonferenz kein LDP-Mann habe fahren dürfen, erklärte von Koerber: die Schuld daran sei einzig und allein bei den Franzosen zu suchen. Sie hätten Dr. Loch kein Einreisevisum erteilt. Wenn Nuschke habe reisen dürfen, so läge das wohl daran, daß dieser „mehr Beziehungen zum Himmel oder Gott weiß zu wem“ habe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete ich über die Arbeit der Volkssausschüsse in Verbindung mit unseren Kreisverbänden. Obwohl die Landesleitung am 25. September 1948 in einem Rundschreiben alle Kreisverbände aufgefordert hatte, über die Verfassungsdiskussion zu berichten, sind lediglich 7 der 30 Kreisverbände dieser Aufforderung nachgekommen. Ich gab sodann einen Überblick über den Ablauf der Wahlen im Mai, begründete Form und Inhalt dieser Abstimmung und schlug dann noch einmal in die Kerbe Mühlmanns: Einheitsliste ja, aber nur für die überparteiische, alle politischen Richtungen umfassende Volkskongreßbewegung. Im Herbst aber müsse und werde die Bevölkerung in einer allgemeinen, geheimen und Listenwahl ihren Willen kundtun, welcher der Parteien sie das meiste Vertrauen schenke.

Ich hatte nicht das Gefühl, daß die Parteifreunde meiner Voraussage Glauben schenkten. Aber ich glaube ja auch selbst nicht mehr daran.

Sonabend, den 30. April 1949

Die SMA hat uns jetzt untersagt, weiterhin über die Wahlen im Herbst zu sprechen. Warum? Entweder will sie wiederum die fälligen Gemeindewahlen verbieten oder aber doch die LDP daran hindern, die Wahlen rechtzeitig vorzubereiten. Koerber berichtete heute, die SMA übe bereits wieder verstärkten Druck auf die Zonenleitung aus, um die LDP einzuschüchtern, zu verwirren und unsere politische Arbeit zu desorganisieren. Koerber erwartet offenbar neue Bedrängnis für unsere Partei.

Die USA und die Sowjetunion haben inzwischen in Lake Success erneut Gespräche über Berlin und Deutschland aufgenommen. Gesprächspartner sind die Vertreter beider Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Jessup und Malik. Das erfüllt die Welt mit neuen Hoffnungen. Eine Entscheidung über offizielle Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kriegsbündigten ist bis zur Stunde allerdings noch nicht gefallen. Es scheint jedoch auf beiden Seiten eine gewisse Neigung vorhanden zu sein, sich über die heiklen politischen Probleme friedlich auseinanderzusetzen. Ob die USA und die Sowjetunion dabei den ehrlichen Willen zur Verständigung mitbringen, erscheint nach den bisher gemachten Erfahrungen zweifelhaft.

Mittwoch, den 4. Mai 1949

Soeben (21.30 Uhr) kommt durch den RIAS die Nachricht, die vier Alliierten hätten sich geeinigt, am 12. Mai die Berlin- und die Zonenblockade aufzuheben und am 23. Mai den Rat der Außenminister zusammenzutreten zu lassen. Damit wäre ein entscheidender Schritt zur Verständigung zwischen Ost und West getan. Weiter so!

Gestern mit de Vries im Heimkehrerlager bei Fürstenwalde. Wir sprachen am Abend vor ca. 800 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus Polen. Ich referierte über das Eisenacher Programm und hatte noch nie ein so dankbares und begeistertes Publikum. Auch in der Diskussion gab es anhaltenden Beifall, als ich erklärte, wir Deutsche müßten unser eigenes Staats- und Wirtschaftssystem aufbauen, wenn wir uns in unserem Vaterlande wohlfühlen wollten. Im übrigen war die Diskussion recht anstrengend. Wir (neben de Vries waren auch noch zwei Parteifreunde aus dem Kreisverband dabei) hatten es zum Teil mit gutgeschulten „Antifa-Leuten“⁹⁸ zu tun, sind aber gemeinsam doch wohl ganz gut über die Runden gekommen.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA vom gleichen Tage:

„Im Vordergrund des Interesses auf außenpolitischem Gebiet stehen bei der Bevölkerung die Verhandlungen der Sowjetunion mit den USA über die Möglichkeit einer Aufhebung der Berliner Blockade und den Zusammentritt einer neuen Außenministerkonferenz der vier Großmächte. Die Aussicht auf Entspannung der außenpolitischen Situation läßt die Menschen aufatmen und vermindert ihre Furcht vor einem kriegerischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. Auf innenpolitischem Gebiet beschäftigt man sich vornehmlich mit den Wahlen zum Volkskongreß, wobei die Bevölkerung durch die mannigfaltigsten, unkontrollierbaren Gerüchte beunruhigt wird. Die Furcht, daß mit diesen Wahlen die fälligen Parlamentswahlen im Herbst hinfällig werden könnten, ist allgemein, denn die Bevölkerung wünscht mit aller Entschiedenheit die Durchführung dieser Wahlen.“

Sonabend, den 7. Mai 1949

Gestern den ganzen Tag in Senftenberg zur III. Landesdelegiertenkonferenz der FDJ. Es war deprimierend und widerwärtig zugleich. Im Gesellschaftshaus hatte sich eine fanatisierte Gruppe junger Menschen versammelt, die sich völlig unzweideutig zum Bolschewismus und zum Söldnerdienst für die Rote Armee bekannte. Die Kriegs- und Hetzreden der Funktionäre wurden von Zeit zu Zeit durch kommunistische Kampflieder unterbrochen. Ich war fast krank vor Erregung über diese von den Kommunisten verhetzte Jugend. Obwohl die Konferenz noch bis zum Sonntag dauert, bin ich bereits heute morgen wieder von S. abgereist. Ich konnte diesen Rummel nicht mehr ertragen.“

Mittwoch, den 11. Mai 1949

Zum ersten Male mußte eine Besatzungsmacht vor dem entschlossenen Willen der Bevölkerung kapitulieren! Auf Anordnung der Sowjets war gestern eine neue Tarifordnung für die Berliner S-Bahn in Kraft getreten. Sie war so unsinnig und kompliziert, daß sich kein Mensch mehr zurecht fand. Fahrkarten sollten nur noch am Lösungstage Gültigkeit haben. Rückfahrkarten nur unter bestimmten Bedingungen ausgegeben werden. An den Fahrkartenschaltern kam es zu riesigen Menschenschlangen, Tausende mußten stundenlang nach einer Fahrkarte anstehen. Auf vielen S-Bahnhöfen griffen die empörten Berliner schließlich zur Selbsthilfe: sie stürmten die Sperren, um ohne Fahrkarten ihre Züge zu erreichen. Ganz Berlin, ob Ost oder West, war in heller Empörung. Selbst der Stadtreporter des kommunistischen „Radio Berlin“ mußte zugeben, daß er noch niemals die Berliner in einer solchen Erregung gesehen habe. RIAS, NWDR und „Radio Berlin“ forderten einmütig (!) von der kommunistischen Reichsbahndirektion die sofortige Abänderung der neuen Tarifordnung. Deren Chef, der Genosse Kreikemeyer, gab in einem Interview bekannt, daß er „schärfste Anordnungen“ zur Beseitigung der „organisatorischen Mängel“ bei der Durchführung der neuen Tarifordnung gegeben habe. Noch keine vierundzwanzig Stunden nach ihrer Einführung sah sich Kreike-

meyer gezwungen, die vor dem 10. Mai gültige Regelung wieder in Kraft zu setzen.

In etwas mehr als zwei Stunden, um 0.00 Uhr am 12. Mai, ist die Berliner Blockade beendet. Von dann ab fahren wieder täglich 16 Interzonenzüge nach Berlin. Die Paketsperre zwischen den Zonen ist aufgehoben, ebenso alle Einschränkungen des Verkehrs, die nach dem 1. März 1948 eingeführt worden waren. Die Luftbrücke der Westmächte bleibt bestehen, und auch ein Austausch der ostzonalen und westzonalen Zeitungen findet zunächst noch nicht statt. Aber auch hier hofft man allgemein auf eine Einigung der Großmächte. Das ist ein kleiner Schritt vorwärts. Am 23. Mai tagt der Außenministerrat in Paris. Das ist die letzte, die allerletzte Chance für eine Einigung über Deutschland. Gelingt sie diesmal nicht, kommt sie niemals mehr zustande.

Heute morgen auf der Sitzung der Landeswahlkommission gab Meschat Erläuterungen über die Aufgaben der Kommission z. B. bei Entgegennahme von Einsprüchen oder bei Nichtwahrung des Wahlheimnisses bekannt. Da die Delegiertenwahlen zwei Tage dauern werden, ist im Merkblatt Nr. 2 des Deutschen Volksrates genau vorgeschrieben, wie die Ergebnisse des ersten Tages übermittelt und sicher aufbewahrt werden.¹⁰⁰ Die Landeswahlkommission wird voraussichtlich dreimal zusammentreten: am Nachmittag des ersten Wahltages, am Morgen des zweiten sowie nach Beendigung der Wahlen, sobald das Wahlergebnis feststeht.

Sonntag, den 15. Mai 1949

Heute morgen begannen die sogenannten Volkskongreßwahlen. Die gesamte Westpresse und vor allem die westlichen Rundfunksender rieten der Ostzonenbevölkerung, auf dem Stimmzettel den Nein-Kreis anzukreuzen. Im Kreise Teltow sollen, wie uns ein Offizier der SMA heute nachmittag auf der Sitzung der Landeswahlkommission erzählte, angeblich für jedes abgerissene Plakat des Volkskongresses 0,50 DM gezahlt werden. Von wem, das wußte der Russe offenbar auch nicht. Wir sind alle auf den Ausgang der Wahlen gespannt.

Freitag, den 20. Mai 1949

Der größte Wahlbetrug in der deutschen Geschichte ist vorüber. Über 60% der Bevölkerung hatten mit Nein gestimmt und auf den Wahlzetteln darüber hinaus ihren Haß gegen die SED zum Ausdruck gebracht. Dennoch schaffte es die Einheitspartei, das Wahlergebnis in das genaue Gegenteil zu verfälschen.¹⁰¹

Um eine geordnete Durchführung dieser Wahlen sicherzustellen, hatte ich bereits am 2. Mai auf der Delegiertentagung des 1. Stimmbezirks in den Rewi-Gaststätten den Antrag gestellt, noch vor den Wahlen genau festzulegen, welche Stimmzettel als Ja- und welche als Nein-Stimmen zu

gelten hätten, welche für gültig und welche als ungültig erklärt werden sollten. Dieser Antrag wurde von den anderen Parteien und Organisationen leider nicht akzeptiert. Die SED stellte sich auf den Standpunkt, daß die Entscheidung hierüber den einzelnen Wahlausschüssen überlassen bleiben müsse.

Als im Laufe des Sonntagabend die ersten – für die SED niederschmetternden – Teilergebnisse aus dem Land Brandenburg einliefen, wurde eine Sitzung der Landeswahlkommission noch für die Nacht angekündigt. Der Ausschuß trat dann gegen 2 Uhr morgens beim Innenminister im Landtagsgebäude zusammen. Mich hatten die Herren zu benachrichtigen „vergessen“! Herr Meschkat (SED), Sekretär des Landesvolksausschusses, unterbreitete den Vertretern der Parteien und Organisationen eine – wie er später fälschlich behauptete – von ihm selbst verfaßte Anordnung, nach der alle Stimmzettel, die nicht ein eindeutiges und völlig vorschriftsmäßiges Nein enthielten, als Ja-Stimmen zu zählen seien. Über diese Anordnung, die in Wirklichkeit von Minister Bechler stammte, wurde nach meinen Informationen weder diskutiert noch abgestimmt.¹⁰² Alle Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister wurden sofort telefonisch von dieser Anordnung unterrichtet. Die Stimmenauszählung war am Abend abgebrochen worden. Dort, wo das erste Teilergebnis schon festlag, mußten die bereits versiegelten Stimmzettel noch einmal ausgezählt werden.

Viele Wahllokale haben sich jedoch nicht an die Weisung des Herrn Bechler gehalten, sondern die Stimmen nach den Gepflogenheiten einer demokratischen Wahlordnung ausgezählt. Davon konnten sich Gerhard W. und ich am Montagabend bei einem Besuch der Potsdamer Wahllokale überzeugen. Selbst SED-Mitglieder haben – wie uns aus den Kreisen berichtet wurde – gegen die Wahleinmischung protestiert und gemeinsam mit ihren Kollegen von CDU und LDP das Stimmenverhältnis ordnungsgemäß festgestellt. Oder sie haben nach befohlener nochmaliger „Auswertung“ die Veränderungen gegenüber dem tatsächlichen ursprünglichen Wahlergebnis zu Protokoll gegeben. Die Korrekturen wurden nach unseren Informationen zumeist erst auf der Kreis- oder der Landesebene vorgenommen. Dabei ging man in der Prozentberechnung nicht von der Zahl der Stimmberechtigten oder der abgegebenen Stimmen aus, sondern von den „gültigen“ Stimmen. Die Gesamtergebnisse der Wahl wurden zunächst streng geheim gehalten. Ich hatte Gelegenheit, in der Potsdamer Kreiswahlkommission die Anweisung einer (wahrscheinlich SED-)Dienststelle zu lesen, welche die unbedingte Geheimhaltung der Wahlergebnisse befahl.

Zahlreiche unserer Kreisverbände riefen während und nach der Wahl in der Landesleitung an und baten um Richtlinien, wie sie sich gegenüber den Weisungen des Innenministers verhalten sollten. Von Koerber entzog sich gewandt der Verantwortung, fuhr nach Berlin und überließ mir die Aufgabe, mit diesem Problem fertig zu werden. Ich verabredete mit den

Parteifreunden, sie sollten sich nur mit der Wertung unbeschriebener Stimmzettel als Ja-Stimmen einverstanden erklären. In allen anderen Fällen müßten sie versuchen, in den örtlichen Wahlausschüssen tragbare Verfahren auszuhandeln. Irgendwelche Rückendeckung bei der Parteileitung in Berlin gab es nicht. Sie wagte es auch diesmal nicht, gegen die SED-Machenschaften aufzutreten. Wenn sie nur wenigstens geschwiegen hätte! Aber mit der ihr eigenen Instinktlosigkeit hielt sie es für erforderlich, die Beschuldigung des Westens, daß diese Wahl eine Fälschung sei, öffentlich zurückzuweisen und sich mit allem, was sich am 15. und 16. Mai in der Ostzone abgespielt hat, einverstanden zu erklären.¹⁰³

De Vries ist genauso bedrückt wie ich. Er sieht den Zeitpunkt nahen, wo ihm nur noch der Austritt aus der LDP übrigbleibt. Wir wollen in der nächsten Woche Dr. Hamann um eine Unterredung bitten, um feststellen zu können, ob eine weitere Parteiarbeit unter der gegenwärtigen Führung überhaupt noch sinnvoll und vertretbar ist.

Zu alldem berichtete mir Gerhard am Mittwoch, daß er in die Fänge der russischen Geheimpolizei (MVD) geraten sei.¹⁰⁴ Er werde von diesen Leuten nun ständig über alle möglichen Dinge ausgequetscht. Bei jedem Gespräch tauche auch die Frage auf: „Was macht Herr Schollwer?“ Auch Fräulein T. bestätigte mir, daß sich die SMA für mich lebhaft interessiere. Ich bin in letzter Zeit wohl etwas zuviel in den Vordergrund getreten. – De Vries und ich wollen gegebenenfalls gemeinsam nach dem Westen flüchten.

Mein Klassenkamerad Wilke Henke, derzeitiger Landesgeschäftsführer der CDU, soll sich nach Westberlin abgesetzt und dort den Behörden als GPU-Spitzel gestellt haben. Die Dienstagsausgabe des „Telegraf“ meldete das in fetter Schlagzeile auf der ersten Seite. Bis heute ist Amtliches über Wilke noch nicht bekanntgeworden. Nach einer Meldung des RIAS von gestern abend wiederum soll Henke in Westberlin erklärt haben, er sei nach einem Zusammenstoß mit Bechler wegen der Wahlen von den Sowjets verfolgt worden. In Wirklichkeit habe er jedoch mit acht anderen Leuten in den Westsektoren im Auftrage der Sowjets einen Menschenraub durchgeführt. Auf jeden Fall eine recht ominöse Angelegenheit.

Dienstag, den 24. Mai 1949

Am Sonnabend traten die Eisenbahner der Berliner Westsektoren in den Streik, weil sie ihre Löhne nicht voll in Westmark ausgezahlt bekommen. Der S-Bahnverkehr in den westlichen Sektoren wurde stillgelegt, auch jene Strecken, die durch den Ostsektor führen, wie die nach Potsdam. Kommunistische Rollkommandos aus Ostberlin, die sich aus Volkspolizisten, FDJ und FDGB zusammensetzen, erschienen daraufhin auf den Westbahnhöfen. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Bevölkerung und Angehörigen der UGO (eine unabhängige Gewerkschaftsorgani-

sation)¹⁰⁵, bei denen die Polizisten auch von der Schußwaffe Gebrauch machten. Es gab eine große Anzahl von Verletzten und einen Toten am Bahnhof Zoo. Der anfängliche Verkehrsstreik artet seitdem immer mehr in eine Art Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten aus.

Beide Seiten beschädigten bei ihren Auseinandersetzungen viele der S-Bahn-Einrichtungen. Ein schlimmes Vorspiel für die Pariser Außenministerkonferenz, die gestern im Palais de marbre rose zwischen Bevin, Acheson, Schuman und Wyschinskij begonnen hat.¹⁰⁶ Die Welt schaut mit großer Skepsis auf die Konferenz, die nach den Erfahrungen der vorangegangenen Außenministertreffen wohl ergebnislos verlaufen wird. Die Westmächte sind nicht gewillt, den Sowjets auch nur die geringsten Konzessionen zu machen. Die Sowjets haben ihr festes Ziel: ein einheitliches kommunistisches Deutschland. Das wissen die Westalliierten nur zu gut. Man hofft nun, daß die Konferenz wenigstens einige Erleichterungen im Handel zwischen Ost und West bringen wird und vielleicht sogar einen Kompromiß über Berlin. Aber auch solche Hoffnungen sind wohl noch verfrüht.

Donnerstag, den 26. Mai 1949 (Himmelfahrt)

Gestern morgen hatte ich meinen ersten schweren Zusammenstoß mit den Kommunisten. In der Landeswahlkommission stand die Unterzeichnung des Wahlprotokolls der Volkskongreßwahlen auf der Tagesordnung. Ich wies auf die Einmischung gewisser Stellen bei der Stimmenaushandlung in den Kreisen hin. Kreisverbände meiner Partei hätten sich unter Protest an die Landesleitung gewandt, weil auf Anordnung der Landeswahlkommission Stimmzettel, die nicht ein vorschriftsmäßiges Nein trügen, in Ja-Stimmen umgefälscht worden seien. Ich erklärte, ich könne aus diesem Grunde das vorliegende Protokoll nur dann für die LDP unterschreiben, wenn der Zusatz erfolge: „unter Vorbehalt der Richtigkeit der Protokolle der Kreiswahlkommissionen“. Dieser Vorschlag führte zu einer fast einstündigen, außerordentlich heftigen Auseinandersetzung mit den Vertretern der SED, des VdgB, der FDJ und des Kulturbundes. Die Kommunisten warfen mir Sabotage des Wahlergebnisses vor, beschimpften die LDP und behaupteten, die LDP und ich hätten offensichtlich Interesse an möglichst vielen Nein-Stimmen.¹⁰⁷ Ich entgegnete nicht minder heftig und machte auf die Unrechtmäßigkeit der Handlungsweise bestimmter Stellen aufmerksam, die sich mitten im Wahlvorgang durch unklare Weisungen eingemischt und so das Ergebnis völlig verändert hätten. Ich wies die Behauptungen der Kommunisten scharf zurück und forderte, auch hier in der Ostzone nun endlich zu einem Zustand der Rechtssicherheit nicht zuletzt bei einem Wahlakt zurückzukehren.

Der Vertreter der CDU stellte sich – wenn auch in vorsichtiger Form –

an meine Seite, während der NDP-Mann Dr. Koltzenburg unter Protest (gegen wen oder was, war nicht erkenntlich) den Raum verließ. Doch hat er später das Protokoll ohne den von mir geforderten Zusatz unterzeichnet. Ich hatte schließlich durchgesetzt, daß dem Wahlprotokoll ein Zusatzprotokoll mit folgendem Wortlaut beigefügt wurde: „Zum Abschlußprotokoll D, die Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß betreffend, geben wir zusätzlich zu Protokoll, daß unsere Unterschrift unter Vorbehalt der Richtigkeit der festgestellten Kreiswahlergebnisse erfolgt.“¹⁰⁸ Dieses Zusatzprotokoll unterzeichnete ich sofort, später setzte auch der CDU-Vertreter seine Unterschrift unter dieses Papier.¹⁰⁹

Wie ich inzwischen erfuhr, wurde dieser Kollege gleich gestern nachmittag zur SMA zitiert. Ich bin gespannt, ob und wann man mich rufen wird. Am Abend dieses „heißen“ 25. Mai ein Vortrag vor den Parteifreunden des Kreisverbandes Potsdam. Mein Thema: Liberale Politik – ist sie möglich, ist sie nötig? Ich habe dabei versucht, meinen Parteifreunden – und mir selbst – ein wenig Mut zuzusprechen.

Übrigens: Gerhard W. gerät offenbar immer tiefer in seine geheimdienstlichen Verstrickungen. Vor einigen Tagen berichtete er mir begeistert, wie er – angeblich! – die NKWD an der Nase herumführe. Auch kündigte er an, daß der sowjetische Geheimdienst vermutlich schon bald auch an mich herantreten werde, um mich zu verpflichten.

Montag, den 30. Mai 1949

Am Wochenende drei Tage mit de Vries draußen bei den Kreisverbänden im äußersten Süden der Mark: Senftenberg, Alt-Döbern, Lautawerk und Groß-Räschen. Arbeitstagungen, Mitgliederversammlungen und Besprechungen im kleinen Kreise. Überall Beunruhigung und Erbitterung.¹¹⁰ Man kommt sich mit seinen Durchhaltesprüchen allmählich albern vor. De Vries schüttete wieder sein Herz aus: er werde nun wohl bald mit der Politik Schluß machen. Er könne die Zustände in der Landes- und Parteileitung nicht länger ertragen. Ich sehe noch immer einen Sinn in dieser Tätigkeit, zumindest zeitweilig.

Dieser Tage schrieb ich an Hamann einen Brief, einen offiziellen auf Dienstbogen. Ich nahm offen und kritisch zu der Haltung der Parteileitung während der Volkskongreßwahlen Stellung und regte eine Reorganisation der Parteipressestelle, ein häufigeres Zusammentreffen des Geschäftsführenden Vorstandes und eine Überprüfung der Arbeit unserer Parteizeitung „Der Morgen“ an. Herr von Koerber hat jedoch den Brief nicht zur Absendung an die Parteileitung freigegeben.¹¹¹

Reibungen mit der SED und Konflikt in der Landesleitung der LDP

Mittwoch, den 8. Juni 1949

Die Pariser Außenministerkonferenz scheint ihrem Ende entgegenzugehen. Sie ist bisher völlig ergebnislos verlaufen. Ein Zusammenbruch der Vierer-Verhandlungen aber bedeutet für die LDP: neue Repressalien und Verfolgungen, eine weitere Verschärfung des Terrors. Vielleicht wird es auch mich bald erwischen ...

Freitag, den 10. Juni 1949

Gestern abend eine öffentliche Veranstaltung des Kreisverbandes im „Havelgarten“. Der Saal halb voll, darunter viele SED-Leute. Mein Referat über liberale Politik stieß bei den Genossen z. T. auf heftigen Widerspruch. Besonders geärgert hat sie die Polemik gegen das Klassenkampfgeschwätz der SED. „Es gibt keine Klassen?“, fragte empört einer der Diskussionsredner. „Ist nicht auch euer Gegner das Finanzkapital, das den Krieg verursacht hat?“. Der Monopolkapitalismus verdiene am Krieg und am Frieden. Ein anderer bezeichnete den Klassenkampf als „das vorwärtstreibende Element der Gesellschaftsordnung“. Ein dritter verwahrte sich gegen meine Behauptung, dieser Klassenkampf sei nur eine Erfindung der SED. Nein, der Klassenkampf sei eine Realität, ihn gäbe es, solange Privatbesitz und private Produktionsmittel existierten.

Parteifreund T. schaltete sich ein und meinte, es werde einmal eine Zeit kommen, „da wird man Auseinandersetzungen wie die heutigen belächeln“. Sozialismus sei das Prinzip der Lebenssicherung, „ein Garantismus ist er. Er will das Leben der Menschen sichern bis zum letzten Punkt. Das kann er nur auf Kosten der Freiheit.“

Ich focht wieder einmal mit dem Säbel statt mit dem Florett: „Ihr seid Phantasten!“ rief ich wütend den SED-Leuten zu. „Ihr geht stur Euren Weg nach Eurem Dogma, nach Eurem Parteiprogramm. Wenn Ihr Euch der Zeit anpaßt, ist Euer Sozialismus, Euer Kommunismus futsch!“ Ich bin gespannt, was die „Märkische Volksstimme“ darüber berichten wird.¹¹²

Heute den ganzen Tag bei den Nationaldemokraten im Club- und Konferenzhaus (Mühlenberggrötte). Dort ca. 300 Delegierte zum 1. Landesparteitag der NDP versammelt. Ich sprach für die LDP die obligatorischen Begrüßungsworte, die ein NDP-Sprecher später als „freundlich“ bezeichnet. Zunächst ein ziemlich nichtssagendes Einleitungsreferat des Zonenvorsitzenden Dr. Lothar Bolz. Interessanter der Geschäftsbericht des politischen Geschäftsführers. Neben den üblichen Übertreibungen, Versammlungsbesuch und Mitgliederzuwachs betreffend (vorsichtshalber werden hier nur Prozentzahlen angegeben), auch ein paar offenerherzige Worte. So

z. B. scharfe Kritik an der LDP, weil diese angeblich bei allen Versammlungen der NDP als Gegner auftrete, nach wie vor hartnäckig die Existenznotwendigkeit dieser Partei bestreite und bemüht sei, sie von der praktischen politischen Arbeit fernzuhalten. Der Redner hob in diesem Zusammenhang die angeblich gute Zusammenarbeit mit mir hervor und bat mich unter dem Beifall der Delegierten, bei meinen Parteifreunden darauf hinzuwirken, daß diese von ihrer Gegnerschaft zur NDP abließen.

Über die eigentliche Tätigkeit der NDP, nämlich die Rehabilitierung ehemaliger Parteigenossen, wußte der Redner zu berichten, daß es gelungen sei, zahlreiche ehemalige Pgs wieder in Amt und Würden zu bringen. Insbesondere Dr. Koltzenburg sei unermüdlich tätig, ehemaligen Parteigenossen, die es verdienten, zu ihrem Recht zu verhelfen. Der so Gepriesene glaubte sich später in seinem Referat dafür rechtfertigen zu müssen, indem er behauptete, die NDP sei keine Pg-Partei, vielmehr stünden Verfolgte des Naziregimes an ihrer Spitze.¹¹³ Dann wieder ein Hieb gegen die LDP, die noch eine falsche Einstellung zu den ehemaligen Parteigenossen habe. Beweis: Auf dem Katasteramt in Templin, das zehn LDP-Mitglieder und vier LDP-BGL-Mitglieder habe, sei ein ehemaliger SA-Mann und Pg, nicht eingestellt worden, weil er politisch belastet sei. Na so etwas!

Freitag, den 17. Juni 1949

Allen Mitgliedern der Landesleitung ist am Mittwoch in einer Art Rundschreiben zum 31. Juli d. J. gekündigt worden. Von Koerbers Kündigungsgrund: der angebliche finanzielle Bankrott des Landesverbandes. So jedenfalls äußerte sich der Vorsitzende de Vries und mir gegenüber, als wir ihn nach viertägiger Dienstreise, von Parteifreunden in Eberswalde alarmiert, am Mittwoch in seinem Büro in der Berliner Parteileitung aufsuchten.¹¹⁴ Er habe einfach kein Geld mehr, um noch weiter unsere Gehälter zahlen zu können, meinte der Gute. Auch die Zonenleitung werde zum gleichen Zeitpunkt ihre Pforten schließen müssen, wenn es nicht gelänge, bis dahin neue Geldquellen ausfindig zu machen. Hamann sei in Karls horst in Ungnade gefallen und werde vielleicht bald gehen müssen. Er werde von der SMA nicht mehr empfangen. Auch Kastner habe bei den Sowjets angeeckt, sei aber inzwischen von den Russen wieder in Gnaden aufgenommen. Ist das nun das Ende unserer Partei?

Am vergangenen Sonnabend war ich mit de Vries in den Kreis Angermünde gefahren, der seit langem politisch und organisatorisch dahinsiecht. Am Abend referierten wir vor den Mitgliedern der Ortsgruppe Hohensaaten. Am nächsten Tag ein Ausflug zum Gestüt in Görlsdorf, Besichtigung der Koppeln und Ställe und solcher Berühmtheiten wie „Berggeist“ und „Schwarzkünstler“ – de Vries hat einen Pferdeverstand. Am Nachmittag und an den nächsten Abenden wieder Referate über das Eisenachprogramm und Organisationsfragen in Angermünde, Joachimsthal und Britz.

Wir bemühen uns, die Parteifreunde aufzumuntern und haben ihnen auch die Köpfe gewaschen. Von Britz nach Eberswalde marschierten wir bei strahlend schönem Frühsommerwetter durch eine anmutige Landschaft zu Fuß. Wir waren bester Laune, bis wir in Eberswalde von Koerbers „Radikalkur“ erfuhren. Wir haben den Verdacht, daß sich hinter der Kündigungsaktion noch etwas ganz anderes als finanzielle Schwierigkeiten verbirgt. Übrigens hat uns Koerber ohne vorherigen Beschluß des Landesvorstandes gekündigt.

Sonabend, den 18. Juni 1949

Heute erhielt jeder Mitarbeiter einzeln noch einmal ein gesondertes Kündigungsschreiben von Koerbers mit dem Datum vom 17. Juni. Eine Begründung für die Kündigung wird in diesem Schreiben nicht gegeben, lediglich angeführt, „daß wir gezwungen sind, das bestehende Arbeitsverhältnis zum nächstzulässigen gesetzlichen Termin zu kündigen“. Das teilt uns Koerber „im Namen des Vorstandes des Landesverbandes“ mit. Wer ihn dazu ermächtigt hat, weiß der Kuckuck. Gerhard W. berichtete mir heute, er habe diese Geschichte bereits durch die NKWD erfahren. Auch sonst soll die Kündigung schon überall „herum“ sein.

Montag, den 27. Juni 1949

Nach fünfwöchiger Dauer soll morgen der Berliner S-Bahn-Streik beendet werden. Die UGO hat ihre Forderungen gegenüber der östlichen Reichsbahndirektion durchgedrückt.¹¹⁵ Wir freuen uns darauf, wieder einmal mit der Bahn von Potsdam nach Berlin fahren zu können. Die Besitzer von Omnibussen und LKWs, die in den vergangenen fünf Wochen die Verbindung zwischen diesen beiden Städten aufrechterhielten (Abfahrt Glienicker Brücke), müssen nun auf ihr schönes Geschäft verzichten. De Vries und ich reisten noch gestern auf diese Weise in die alte Reichshauptstadt, auf einem hopsenden und schaukelnden Lastwagen sitzend, um beim „Großen Preis der Dreijährigen“ in Hoppegarten dabeizusein und dort dreimal auf das falsche Pferd zu setzen.

Die Westberliner Eisenbahner hätten aus politischen Gründen ganz gern noch ein paar Wochen länger gestreikt. Aber die Westkommandanten haben sich eingeschaltet und die UGO veranlaßt, den S-Bahn-Verkehr in den Westsektoren wieder aufzunehmen. Die Westmächte wünschen jetzt unmittelbar nach den Pariser Abmachungen offensichtlich keine unnötigen Differenzen mit den Sowjets, ihr Interesse dürfte vielmehr darin liegen, in aller Ruhe wirtschaftliche, strategische und politische Vorbereitungen zu treffen, um die Russen weiter in die Defensive zu drängen.

Die Pariser Außenministerkonferenz und ihre Ergebnisse haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Sowjetunion durch ihre sture und fehlerhafte Außenpolitik erheblich ins Hintertreffen geraten ist, während sich

die Westmächte nach Konsolidierung der Lage in Westeuropa und nach der Ratifizierung des Atlantikpaktes eindeutig in der politischen Offensive befinden.

Unser Landesvorsitzender treibt ein undurchsichtiges Spiel. Sein schwindendes Ansehen bei den Parteifreunden mag ihn dazu veranlaßt haben, besondere Vorkehrungen für seine Wiederwahl auf dem kommenden Landesparteitag zu treffen. G. behauptete, Koerber habe unsere Kündigungen ausfertigen lassen, um mit Frl. T. allein die Arbeit der Landesleitung zu machen. Kapitän Zerebrennek habe jedoch dagegen Einspruch erhoben und Koerber veranlaßt, mit einem – wenn auch verkleinerten – Mitarbeiterstab die Arbeit der Landesgeschäftsstelle fortzuführen. Zu den Kollegen, die endgültig gehen müssen, sollen Steffen, G. und vor allem de Vries gehören. Letzterer wohl, weil er Koerber wiederholt gehörig die Meinung gesagt hat. Ich selbst werde nach dieser Version, die auch von anderer Seite bestätigt wurde, weiterhin in der Landesleitung verbleiben. Gerhard meinte, Koerber habe auch die angebliche Absicht der Parteileitung, am 31. Juli ihre Pforten zu schließen, frei erfunden, um seine eigenen Absichten zu verschleiern. Hoffentlich sind unsere Kreisvorsitzenden wenigstens diesmal hellwach und machen Koerber noch einen Strich durch seine Rechnung.

Dienstag, den 28. Juni 1949

Heute mittag auf der Sekretariatssitzung des Landesvolksausschusses kam es wegen der Volkskongreßwahlen noch einmal zu einer Auseinandersetzung, diesmal zwischen dem Vertreter der CDU und Herrn Meschkat. Während letzterer einen Bericht „über den Fortgang der Maßnahmen zur Bildung der Nationalen Front“ gab, unterbrach ihn der CDU-Mann mit der Bemerkung, es sei „überflüssig, sich hier über Sinn und Zweck der Nationalen Front zu verbreiten“. Vor der nächsten Sitzung des Landesantifablocks könne sich die CDU zu diesem Thema überhaupt nicht äußern. Meschkat, einen Augenblick verblüfft, führte dennoch seinen Bericht zu Ende. Als erster Diskussionsredner meldete sich sofort wieder der Herr von der CDU und machte Andeutungen über Entscheidungen, die erst zu treffen seien, ehe man sich weiter mit diesem Thema beschäftigen könne. Dann wurde er konkret: man habe bei den Volkskongreßwahlen der CDU die Schuld dafür in die Schuhe schieben wollen, daß die Zahl der Nein-Stimmen verhältnismäßig hoch gewesen sei. Dagegen müsse er sich in aller Form verwahren. Zu diesem Ergebnis sei es vielmehr deshalb gekommen, weil man in der Bevölkerung gemeint habe, daß es sich hier um die Angelegenheit einer einzigen Partei (der SED) handele. Das sei nicht verwunderlich. Denn auf den Veranstaltungen des Volkskongresses sähe man mehr rote als schwarz-rot-goldene Fahnen. Es müsse also die Zusammensetzung des organisatorischen Apparates des Volkskongresses „etwas auf-

geloockert“ werden. Bisher gehörten alle Kreissekretäre mit zwei oder drei Ausnahmen einer Partei, der SED, an. Meschkat erwiderte trocken, es genüge wohl für heute, diese Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Sonntag, den 3. Juli 1949

Heinrich de Vries war am Freitag in Berlin und sprach in der Parteileitung mit dem Sekretär Hamanns sowie mit einigen Referenten über die Auflösung bzw. Reduzierung der Landesleitung. Alle Gesprächspartner haben ihm versichert, daß an eine Auflösung der Landesgeschäftsstelle oder an die Entlassung einzelner Angestellter überhaupt nicht zu denken sei. Dr. Hamann habe unserer Kollegin M. bei deren jüngstem Besuch in der Parteileitung vielmehr deutlich zu verstehen gegeben, daß die Parteileitung Wege finden werde, die Arbeit der Landesleitung in vollem Maße aufrecht zu erhalten. An Entlassungen sei nicht zu denken, sollte Frau M. uns von Hamann übermitteln. Diese Mitteilung erfolgte jedoch nicht, weil sie durch von Koerber untersagt worden war.

Im Anschluß an sein Gespräch mit den Parteifreunden in der Parteileitung ging de Vries sofort zu Koerber, um ihn mit diesen Tatbeständen zu konfrontieren. Koerber sei außerordentlich ungehalten gewesen und habe wiederholt versichert, daß er die Kündigungsschreiben nicht zurücknehmen könne. Er habe nun einmal kein Geld mehr. De Vries gelang es, Koerber zur Auskunft zu veranlassen, wer nun tatsächlich gehen muß. Neben unserem Pressereferenten will Koerber angeblich auch Herrn Steffen entlassen (nach anderen Informationen soll es sich hier nur um einen Bluff handeln) und natürlich vor allem de Vries. Alle anderen sollen angeblich bleiben. Ich soll zunächst zu meinen bisherigen Aufgaben auch noch das Fraktionssekretariat im Landtag übernehmen. Auf der Landesvorstandssitzung am 8. Juli wird – natürlich nur so nebenbei – auch diese Aktion Koerbers erörtert werden. Vor dieser Sitzung werde ich Dr. Mühlmann und Dr. Schneider über die jüngsten Vorgänge in der Landesleitung informieren. Heinrich de Vries plant ein weiteres Gespräch mit Hamann, und dann wollen wir beide vor dem Landesvorstand selbst noch Stellung nehmen.

Dienstag, den 5. Juli 1949

Gestern nachmittag habe ich Mühlmann detailliert über die Zustände in der Landesleitung unterrichtet. Er sagte uns volle Unterstützung bei unseren Bemühungen zu, die Pläne von Koerbers zu durchkreuzen. Heute nachmittag waren de Vries und ich bei Dr. Hamann. Wir wiesen ihn insbesondere darauf hin, daß die beabsichtigten Entlassungen ohne Zustimmung der BGL und des Geschäftsführenden Vorstandes unzulässig seien. Außerdem habe die Parteileitung mehrfach versichert, den Landesverband soweit wie möglich zu unterstützen. Hamann versprach uns, Herrn von

Koerber morgen zu einer Rücksprache zu bitten und wiederholte seine Versicherung, der Landesverband könne für die nächsten Monate mit einer finanziellen Unterstützung der Parteileitung rechnen.

Koerber war unsere Anwesenheit in Berlin und die Tatsache des Gesprächs mit Hamann sogleich hinterbracht worden. Er diktierte unverzüglich einen Brief an den Parteivorsitzenden, dessen Inhalt uns z. Z. noch unbekannt ist. Flatau, der uns das berichtete, warnte vor der Entschlossenheit Koerbers, seine Absichten notfalls mit allen Mitteln durchzusetzen. Koerber hat mir übrigens heute morgen zum ersten Mal versichert, daß ich bestimmt nicht entlassen würde. Auf meine Frage, wer denn von den Kollegen gehen müsse, erhielt ich keine Antwort. Wie unsere Kollegin Frau Margarethe M. später erfuhr, lautete jetzt die Entlassungsliste: de Vries, Otto G. und Frau M. selbst.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA vom 5. Juli 1949:

„Der Ausgang der Pariser Außenministerkonferenz wird von der Bevölkerung recht unterschiedlich beurteilt, teils hoffnungsvoll, teils mit einer gewissen Resignation, während die Beendigung des Berliner S-Bahn-Streiks allgemein lebhaft Zustimmung findet. Noch stehen weite Kreise der Bevölkerung der Bildung der Nationalen Front mit einigem Mißtrauen gegenüber, zumal die Westpresse und die westlichen Rundfunksender diese als Vorläufer einer Volksfront bzw. Volksdemokratie bezeichnen. Die Form der Durchführung der Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß hat offensichtlich nicht dazu beigetragen, das Vertrauen weiterer Bevölkerungskreise zur Volkskongreßbewegung oder zu deren Erweiterung zur Nationalen Front so zu verstärken, wie es wünschenswert wäre. Das Interesse an den politischen Vorgängen ist dennoch allgemein recht gering, was sich immer wieder in nur mäßig besuchten politischen Versammlungen und Veranstaltungen ausdrückt.“

Mittwoch, den 6. Juli 1949

Heute hatten de Vries und später auch ich eine Unterredung mit Koerber wegen unseres gestrigen Besuches bei Hamann. Wir waren beide sehr offen. Ich erklärte von Koerber, die eigentliche Ursache aller Differenzen seien die Intrigen seiner Chefsekretärin. Ich betrachtete eine Reduzierung unserer Landesleitung als eine Schädigung und Gefährdung der Partei. K. machte einen sehr niedergeschlagenen Eindruck und versuchte vergeblich, zwischen de Vries und mir einen Keil zu treiben, indem er mich äußerst lebenswürdig behandelte, während er die Arbeit von de Vries sehr negativ beurteilte.

Zuvor eine Unterredung mit Dr. Schneider. Er war mit mir der Auffassung, daß sich Koerber bei den Kündigungen zumindest formell ins Unrecht gesetzt habe.

Sonnabend, den 9. Juli 1949

Die von uns mit Spannung erwartete Sitzung des Landesvorstandes ist vorüber. Koerber hat einen vollen Sieg errungen. Selbst Mühlmann und

Schneider, die ich doch vorher unterrichtet hatte und die uns Unterstützung versprochen hatten, stimmten für die Entlassung von de Vries, Otto G. und Frau M. – aus „finanziellen Gründen“. Ich habe nachher Mühlmann deshalb Vorwürfe gemacht; er schien verlegen und machte ein bekümmertes Gesicht. Später, bei der Verkündung des „Urteils“ vor dem erweiterten Landesvorstand (an der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes durften wir Angestellten nicht teilnehmen) verlor ich die Beherrschung. Koerber hatte vorgeschlagen, daß ich die Arbeit von de Vries (Organisation) mit übernehmen sollte. Wutentbrannt schleuderte ich dem mich wie versteinert anblickenden Koerber ins Gesicht, ich würde lieber ebenfalls aus der Landesleitung ausscheiden als ein Amt übernehmen, dem ich mich in keiner Weise gewachsen fühle. Was ich sonst noch in meiner Erregung Herrn von Koerber vor versammelter Mannschaft entgegenhielt, weiß ich jetzt nicht mehr. Es war offenbar wenig Freundliches. Denn Frl. T., die heute nicht im Büro erschien, erklärte per Telefon meiner Kollegin G., sie sei heute noch ganz „down“. Herrn von Koerber und ihr hätte es gereicht, was ich gestern in der Vorstandssitzung vorgebracht hätte.

Abgesehen von diesen Auftritten brachte die gestrige, gut besuchte Vorstandssitzung im Landtag eine erfreulich rege Diskussion, in der viele Kreisvorsitzende offen auf den Terror und die Machenschaften der SED hinwiesen (im Beisein von Kapitän Zerebrennek) und dabei vor allem die Personal- und Schulpolitik der SED kritisierten. Es ist in unserer Zone so weit gekommen, daß man Söhne von LDP-Funktionären nicht mehr in die oberste Klasse versetzt, auch wenn sie gute Leistungen aufzuweisen haben. Und daß man beim Abitur für diese Kinder keine guten Zeugnisse mehr ausstellt, wenn es dem SED-Schulrat nicht paßt.

Montag, den 11. Juli 1949

Gestern wieder zwei öffentliche Versammlungen mit Referaten über die Ziele der LDP im Kreis Lebus (Dahmsdorf-Müncheberg und Letschin). Die Veranstaltungen schlecht besucht, jeweils nur 45 bis 50 Personen. Dabei lebhaft Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Nach Berichten von Parteifreunden macht die SED in diesem Kreis z. Z. eine ernste Krise durch. Die Landeskontrollkommission der Partei habe mehrere SED-Funktionäre ihrer Ämter enthoben, die früher der SPD angehört hatten. Dadurch sei es innerhalb der SED-Kreispartei zur Spaltung in eine SPD- und eine KPD-Fraktion gekommen. Auch die Zustände in den Volkseigenen Betrieben scheinen im Kreis Lebus teilweise chaotisch zu sein: die Zuckerfabrik in Letschin habe 6 Millionen Ostmark Schulden, ihre Leiter „saufen und huren“, wie uns ein Arbeiter (früher SPD) erzählte.

Donnerstag, den 14. Juli 1949

Gestern abend versammelten sich Funktionäre unseres Kreisverbandes in der Margarethenstraße, um die Situation der Landesleitung nach den Vorstandsbeschlüssen vom 8. Juli zu erörtern. Ich unterrichtete die Parteifreunde umfassend über die Ereignisse der letzten Wochen und die Machenschaften von Koerbers. Die Empörung bei den versammelten LDP-Mitgliedern war groß. Man beschloß, für den kommenden Mittwoch eine Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes einzuberufen, zu der auch Koerber geladen werden soll, um Rechenschaft abzulegen.

Politik der Nationalen Front und Gründung des Oststaates

Montag, den 18. Juli 1949

Heute nachmittag nahm ich zum ersten Male an einer Sitzung des Landes-Antifa-Blocks im Landtag teil. Die Tagesordnung enthielt nur zwei Punkte: „Die Aufgaben der Parteien und Organisationen in der Nationalen Front“ und „Werbung von Arbeitskräften für den Erzbergbau“. Vorsitz hatte heute die CDU. Koltzenburg (NDP) referierte über den ersten Tagesordnungspunkt. Er übte vorsichtige Kritik an einzelnen Erscheinungen der Politik und beschäftigte sich im Laufe seines Referates auch mit den Mai-Wahlen zum Dritten Volkskongreß. Die Wähler seien nicht genügend aufgeklärt worden. Die Nein-Stimmen seien darauf zurückzuführen, daß die Wähler durch „böswillige Propaganda“ veranlaßt worden seien, nicht zu der Frage „Einheit und gerechten Frieden“ Stellung zu nehmen, sondern Nein zu sagen, „weil ihnen die ganze Richtung nicht paßt, sie innerlich noch nicht Demokraten geworden sind“. Es seien – so Koltzenburg – „frühere Reaktionäre, die das Hitlersystem wieder aufleben lassen möchten“.

Der Vorsitzende, Herr Grobbel (CDU), benutzte die Gelegenheit, der SED ihr Sündenregister vorzuhalten: „Ich sage ganz offen, daß viele meiner Parteifreunde meinen: Nationale Front sollen wir mitmachen, Blockpolitik haben wir mitgemacht, zur Arbeit werden wir eingesetzt. Wenn aber einmal mitzubestimmen ist, wenn auch ein Amt zu bekommen wäre, da übersieht man uns.“ Er zählte sodann eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen die CDU ungerecht behandelt worden sei. Das rief die SED auf den Plan. Ihr Vertreter, Herr Bismark, entrüstete sich: die SED hätte nicht angenommen, daß von den Parteien „dieser Eröffnungstag der Nationalen Front hier im Lande Brandenburg“ dazu benutzt werde, „alles Mögliche vorzutragen, was gegen den Geist des Volkes zu sprechen scheint“. Dieser Auftakt der Blocksitzung erinnere stark an das Verhalten des deut-

schen Bürgertums in der Vergangenheit. Koltzenburg habe im wesentlichen nur negative Dinge behandelt und nicht die Notwendigkeit der Nationalen Front anhand des Geschehens nachgewiesen. Er, Bismark, verspreche den anderen Parteien, mit diesen zusammen besorgt zu sein, „die Unebenheiten, die sich ergeben haben“, zu beseitigen. Er bitte aber, diese Dinge nicht zusammen mit dem Thema „Nationale Front“ zu behandeln.

Koerber widersprach Bismark. Es schade gar nichts, zunächst Differenzen zu äußern. Es gehe nicht immer alles so glatt. Eine Propagandasitzung solle das hier doch wohl nicht sein, sondern eine Aussprache. Man müsse sich hier ganz ernst und klar aussprechen, ohne gegenseitige Empfindlichkeit, und in einer toleranten Form zusammenfinden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache schnitt Koltzenburg das heikle Thema kommender Wahlen an: sie würden wohl zu gegebener Zeit stattfinden. Koerber stellt fest, er habe absichtlich nicht über die Wahlen gesprochen. Ihr Zeitpunkt sei nicht so entscheidend. Wichtig sei vielmehr: einig zu werden über die Form der Nationalen Front. Herr Seibt von der SED meinte dazu, daß für die nächste Wahl keine Einheitslisten vorgesehen seien.

Montag, den 1. August 1949

Trotz meines Urlaubs nahm ich heute nachmittag an einer Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes teil, auf der sich Koerber zu den Vorgängen in der Landesleitung äußerte. Er zeigte sich erneut als ein geschickter Advokat, der seine Zuhörer mit einer Mischung aus Dichtung und Wahrheit verwirrte. Unser Kreisvorsitzender, der alte Stadtrat Brauer, war der erste, der auf die Seite Koerbers übergang.

Zu der Entlassung von de Vries meinte Koerber, dieser sei nicht in der Lage gewesen, die Organisation des Landesverbandes in Ordnung zu bringen. Er habe versagt und sei auch politisch nicht mehr tragbar gewesen. Er, von Koerber, habe anfangs nicht gewußt, daß dieser Mann in Gera von der Besatzungsmacht „abgeschossen“ worden sei (was der Wahrheit widerspricht, er hat es gewußt!).

Beim Hinausgehen äußerte Koerber den Wunsch, mich in den nächsten Tagen ausführlich sprechen zu können. Ihm dürfte wahrscheinlich bekannt sein, daß ich im vergangenen Monat den Vorstand in ganz anderer Weise über die Ereignisse in der Landesleitung informiert habe. Wird er mir also mit Entlassung drohen wollen?

Dienstag, den 16. August 1949

Westdeutschland hat am Sonntag sein Bundesparlament gewählt und den Sozialisten eine Abfuhr erteilt. Von 24490752 abgegebenen Stimmen erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 78,5% die CDU 7357579 und die FDP 2788653 Stimmen. Die zweitstärkste Partei wurde die SPD mit

6932272 Stimmen, während die sowjethörige KPD Max Reimanns trotz Demontagen und Wirtschaftskrisen im Westen lediglich 1360433 Stimmen auf sich vereinigen konnte. CDU und FDP können nun eine bürgerliche Regierung bilden. Eine schwere Schlappe für Moskau. Das war die Quittung für die Deutschlandpolitik der Sowjetunion seit 1945. So wie im Westen würden zweifellos auch die Wahlergebnisse in der Ostzone aussehen, wenn die Sowjets hier freie Wahlen gestatten würden.

Erfreulich war insbesondere das Anwachsen des Stimmenanteils der FDP seit den letzten Landtagswahlen. Die Liberalen sind in Westdeutschland offensichtlich „im Kommen“. Leider aber auch wieder rechtsradikale Gruppen wie die Deutsche Partei, die Deutsche Reichspartei, die Bayernpartei und die WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung in Bayern), die zusammen etwa 3 000 000 Stimmen erhielten.

Insgesamt haben sich in Westdeutschland 13 Parteien zur Wahl gestellt und außerdem noch ein paar Splittergruppen. Die sogenannten Unabhängigen erhielten zusammen mit den Splittergruppen nahezu 1¼ Millionen Stimmen – ein Zeichen, daß bei den Deutschen noch immer eine recht starke Abneigung gegen politische Parteien vorhanden ist.

Mit dieser Wahl ist der entscheidende Schritt zur westdeutschen Separatregierung getan. So traurig das auch für unser Volk ist, könnten die Bundestagswahlen doch die erste Etappe zur Überwindung der kommunistischen Gefahr und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Gestern mittag beriet der Geschäftsführende Landesvorstand den Ablauf des kommenden Parteitages in Neuruppin. Mühlmann trug die mit der SMA abgesprochenen Wahlvorschläge vor. Die Spitzenpositionen wurden ohne Widerspruch akzeptiert.¹¹⁶ Nur bei der Erörterung der Beisitzerliste gab es Einwände; dabei fiel auch mein Name (der auf der Liste fehlt).¹¹⁷ Doch dann ging der gesamte Wahlvorschlag einstimmig durch.

Man stritt dann eine Weile hin und her, ob der Vorstand per Akklamation oder durch Stimmzettel gewählt werden solle. Koerber – der offenbar bei geheimer Wahl unangenehme Überraschungen fürchtet – behauptete, die Satzungen sähen keine „Zettelwahl“ vor. Mühlmann widersprach. Ein Schlaumeier kam auf die Idee, zunächst Wahl mit Stimmzetteln vorzuschlagen; doch dann solle jemand aufstehen und den Antrag auf Akklamation stellen. Dieser Trick schien einzuleuchten. – Auch die Diskussion auf dem Parteitag wurde gestern sorgfältig vorbesprochen. Kritik und überhaupt Negatives ist nicht erwünscht. Ministerialdirektor Müller formulierte das so: Man wolle nicht wieder den „alten Quatsch“ hören, „angefangen von Adam und Eva“. Nichts über Enteignungen, Geldstrafen – also nichts über das, was die Parteifreunde wirklich bewegt.

Die von Heinrich präsentierte Tagesordnung fand allgemeine Zustimmung, sie ist in der Tat auch recht passabel. – Später unterhielt man sich noch eine Zeit lang über das Zeitungs-Thema. Papier sei jetzt da, es fehle nur noch das Geld. Das solle durch Spenden beschafft werden. Ist das rea-

listisch? – Schlimm steht es auch mit unserem Parteihausprojekt. Da haben wir uns völlig übernommen. Nun suchen wir für die Bauruine einen Käufer.

Sonntag, den 28. August 1949

Goethes 200. Geburtstag. In der Gemäldegalerie im Park von Sanssouci waren am Vormittag einige hundert Potsdamer versammelt, um an der Goethefeier der Landesregierung teilzunehmen. Nach Glucks heiter-wehmütigen Klängen zu „Iphigenie in Aulis“ nahm Minister Rücker das Wort. Er begrüßte die Festgäste stilvoll mit den Worten: „Werk tätige Menschen Potsdams“. Und in dieser Art ging es dann weiter. Seine Rede war mit Aussprüchen kommunistischer Parteigrößen überreich gespickt, so wie es die Richtlinien des Politbüros der SED für die Goethefeiern in der Zone vorsehen.¹¹⁸ So gipfelte denn auch Rückers Festrede programmgemäß in der Feststellung, daß die „Arbeiterklasse das goethesche Vermächtnis erhalte“.

Am Nachmittag hofften wir, uns von der Vormittagsveranstaltung bei dem groß angekündigten Gartenfest in Sanssouci zu erholen. Aber das war nur ein recht kümmerlicher, sich in dem weitläufigen Park völlig verlierender, volksdemokratischer Kulturbetrieb mit ein paar Kapellen, Volkstanz und irgendwo auch einem Freilufttheater. Wir setzten uns also auf die S-Bahn und fuhren nach Berlin, zur heiter-beschwingten und swingenden Sommerblumenschau am Funkturm.

Donnerstag, den 8. September 1949

Am vergangenen Sonabend ein Wiedersehen mit Neuruppin nach fast fünfeinhalb Jahren.¹¹⁹ Die Stadt erscheint unverändert, vom Kriege unversehrt. Und dennoch war sie mir fremd. Das Neuruppin der Kriegsjahre existiert nicht mehr, nur noch seine Kulisse, jetzt verfremdet durch den „Sozialismus“ und seine graue Gleichmacherei.

Anlaß der Reise in die Stadt Fontanes: der Landesparteitag der LDP. Im Stadtgarten, nahe dem Rheinsberger Tor, wo ich im Mai 1944 die Stadt auf dem Wege zur Ostfront verließ, trafen sich die Delegierten aus der Mark. Am Nachmittag des ersten Tages die Neuwahlen zum Landesvorstand. Die Abneigung der Delegierten gegen eine Wiederwahl von Koerbers war groß. Vielfach hatten Kreisverbände in den letzten Wochen darüber beraten, wie man Koerber den Weg zum Vorsitz versperren könnte. Auch unser Potsdamer Kreisverband war aktiv geworden. Gerhard W. hatte einen besonderen Wahlvorschlag Potsdams angeregt und auch schon unterschrieben. Da mußte er – auf die SMA gerufen – sich belehren lassen, daß er als ein „Feind der Besatzungsmacht“ (so die Sowjets nach Aussage Gerhards) zu betrachten sei, wenn er nicht sofort diesen Vorschlag wieder zurückziehe.

Gerhard hatte von Koerber den Posten eines 3. Vorsitzenden (!) zuge-dacht. So ging denn in Neuruppin am Sonnabendnachmittag alles wie von den Sowjets gewünscht. Zunächst freilich gab es doch noch eine kleine Komplikation. Einige Delegierte bestanden partout auf einer Wahl mit verdeckten Stimmzetteln; sie wollten dem offiziellen Wahlvorschlag nicht per Akklamation zustimmen. Aber die Besatzungsmacht war im Stadtgarten in eindrucksvoller Stärke vertreten: allein aus Potsdam waren neun Herren der SMA und des MGB angereist, dazu noch etliche Russen aus Karlshorst sowie aus den Kreisen. Das wirkte. Von Koerber wurde per Akklamation gewählt.

Von diesem volksdemokratischen Wahlgang abgesehen, war die Stimmung der Delegierten in Neuruppin ausgezeichnet und der Verlauf des Parteitages ausgesprochen gelungen. Stürmischer Beifall umbrauste Carl Mühlmann, als er am Sonnabend in seinem Bericht über die Landtagsarbeit¹²⁰ die Durchführung der Wahlen zu den Parlamenten der Ostzone forderte, obwohl die Sowjets eine Erörterung dieser Frage nicht wünschten.¹²¹ Den gleichen Beifall erhielt Hamann, der am Sonntagvormittag das Hauptreferat hielt und wörtlich erklärte: „Die Wahlen werden kommen. Fürchten Sie nicht, daß wir zur Einheitsliste kommen werden!“

Mit Genugtuung vernahmen auch die Delegierten, was Hamann zur Bildung einer Ostregierung sagte: „Lassen Sie mich sagen, daß Unterhaltungen über eine Ostregierung abschließend noch nicht geführt worden sind, weil auch heute noch nicht die Zeit gekommen ist, sich darüber ein sicheres Urteil zu bilden.“ Und dann noch einmal auf die Wahlen eingehend: „Wir haben gestern auf der Rückfahrt von Warschau¹²² vereinbart, daß wir in absehbarer Zeit eine Besprechung aller Parteien einberufen werden, in der die Wahlen und der Wahltermin besprochen und festgelegt werden sollen ... Eines steht fest, daß die Frage der Wahlen für uns auch eine Frage des politischen Kredits ist“ (brausender Beifall).

Höhepunkt des Landesparteitages war die öffentliche Kundgebung am Sonntagnachmittag im Stadtgarten. Vor einem hochgestimmten Auditorium sprach der von den Parteifreunden besonders verehrte kleine – große Schulrat Wolff, der in gewohnter Meisterschaft und Überzeugungskraft ein Bekenntnis zur liberalen Idee, zu „Humanität und Frieden“ ablegte. Das Wort vom „kleinen Eisenach“ machte die Runde. Eine fast euphorische Stimmung breitete sich unter den Delegierten aus. Die teils beruhigenden, teils aufmunternden Reden der Prominenz, die glänzende Organisation, die vorbildlich geschmackvolle Ausgestaltung des Tagungsraumes und ein prachtvolles Spätsommerwetter löschten für Stunden die böse Gegenwart aus und weckten die Hoffnung, daß die Diktatur der SED noch längst nichts Endgültiges, nichts Dauerhaftes sei.¹²³

Übrigens: eine von mir vorbereitete Resolution, die sich sehr betont zum Eisenacher Programm bekannte, von der SMA Unterstützung für die Arbeit der „fortschrittlichen liberalen Kräfte“ erbat und die Liberalen in

Westdeutschland aufrief, gemeinsam mit uns „für die endliche Wiedervereinigung der Besatzungszonen zu einem gemeinsamen deutschen Staat zu arbeiten“, wurde von der SMA und von Koerber nicht akzeptiert. Statt dessen formulierte er selbst eine Entschliebung, die ein Bekenntnis zur Nationalen Front enthielt, die Marshallplan, Besatzungsstatut, Ruhrstatut und Atlantikpakt verurteilte und den Volkswirtschaftsplan als „Grundlage unseres materiellen Aufbaus“ bezeichnete.

Montag, den 12. September 1949

Auch mit meinem Entwurf für den Monatsbericht des Landesverbandes hatte ich diesmal kein Glück. Koerber hat die meisten kritischen Passagen herausgestrichen und durch „Konstruktives“ ersetzt. Insbesondere mißfiel ihm mein „Stimmungsbericht“. Die gereinigte und der SMA zugeleitete Fassung hat nun folgenden Wortlaut:

„Die Verhältnisse und Entwicklungen im Westen beschäftigen stark die Menschen. Die Wahlen erregten Bedenken, und ihr klerikaler, föderalistischer und wenig fortschrittlicher Charakter traten jedem Denkenden klar vor Augen. Die engere Verbindung zwischen den Zonen ist eine allgemeine Forderung und die Nationale Front der dazu geeignete Weg, der – wenn richtig verstanden – auch viele neue Kräfte zu wecken vermag. Die westalliierte Demontagepolitik ruft immer wieder den berechtigten Unwillen der Bevölkerung hervor. Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen jedoch nach wie vor die kommenden Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen. Stark beunruhigend wirkt auf den wirtschaftlichen Sektor, daß die Zahl der HO-Geschäfte in ständigem Anwachsen begriffen ist, weil man immer wieder die Befürchtung äußert, daß auf diesem Wege nach und nach – zugleich mit dem weiteren Ausbau des Netzes der Konsumverkaufsstellen – der gesamte private Einzelhandel ausgeschaltet werden soll ...“.¹²⁴

Für den Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden auf dem Parteitag in Neuruppin hatte ich umfängliches Material über die Ereignisse im Landesverband seit dem letzten Parteitag in Potsdam vorbereitet, das von Koerber allerdings nur zu einem geringen Teil verwertete. Das ist verständlich, denn es wurde eine recht bedrückende Chronik. Insbesondere der Teil 2 (spezielle Vorgänge in den Kreisverbänden) bietet wenig Erheiterndes: Verhaftung des Ortsgruppenvorsitzenden Helmrich aus Bindow; Entlassungen von LDP-Mitgliedern aus dem Schuldienst und der Justiz in Brandenburg; die Flucht des Kreissekretärs von Calau nach dem Westen; der Austritt von LDP-Stadtverordneten aus der Partei und ihr Übertritt zur SED unter Mitnahme des Mandats in Cottbus-Stadt, die Kündigung von LDP-Lehrern und Übergriffe von Volkskontrollorganen bei unserem Parteifreund Trieloff, MdL in Eberswalde; der Austritt von zwei LDP-Ortsgruppen in Lübben, Parteiausschlüsse wegen parteischädigenden Verhaltens in Osthavelland und die Ausweisung eines Parteifreundes aus Pritzwalk durch eine von der SED inszenierte Demonstration; ein von der Volkspolizei erzwungener Parteiaustritt im Westhavelland und die Verhaftung Wendas in Zauch-Belzig. Dazu noch eine kaum überschaubare Zahl

von parteiinternen Querelen. Beschwerden über illegale Ein- und Übergriffe kommunistischer Funktionäre und Behörden, Skandale – und immer wieder Klagen über die Unfähigkeit vieler haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre.

Auf der letzten Sitzung des Landesblocks am 9. September in der Geschäftsstelle der NDP versuchte diese Partei erneut, sich ohne vorangegangene Wahlen in die Arbeit der Gemeinde- und Kreisparlamente einzuschmuggeln. Ein Antrag der Bolz-Partei, wonach NDP und DBD „in sämtlichen Ausschüssen der Gemeinden mit beschließender und der Kreise mit beratender Stimme vertreten sei“ sollten, wurde von CDU und LDP abgelehnt. Daraufhin zog die NDP ihren Antrag zurück. Allerdings steht es nun den Blocks der Kreise und Gemeinden frei, selbst über die Heranziehung oder Nichtheranziehung der neuen Parteien zu entscheiden. Mühlmann legte einen Antrag der LDP vor, wonach nominelle Pgs nach Ablauf der am 31. Dezember auslaufenden beruflichen Betätigungsbeschränkungen keiner weiteren Diskriminierung unterliegen dürfen. Die Beratung und Beschlußfassung dieses Antrages wurde bis zur nächsten Sitzung im Oktober ausgesetzt. Mühlmann glaubt, daß der Antrag in den Kreisen ehemaliger Pgs für uns propagandistisch gut verwertbar sei.

Dienstag, den 27. September 1949

Die Zuspitzung der außenpolitischen und der innerdeutschen Situation nach Bildung der westdeutschen Regierung dürfte nicht ohne Auswirkung auf die Politik der Sowjetunion in unserer Zone bleiben. In den letzten Wochen wurden bereits umfangreiche Personalveränderungen bei allen sowjetischen Militärverwaltungen und Kommandanturen bekannt. Mit der Neubesetzung der Posten ist vielleicht auch eine Neuorientierung der sowjetischen Deutschlandpolitik zu erwarten. Dabei befürchten wir eine weitere Versteifung in der Haltung Moskaus gegenüber den nichtmarxistischen Kreisen und somit auch verstärkte Schwierigkeiten für LDP und CDU. Ganz besonders im Hinblick auf die im Herbst fälligen Wahlen ist mit überraschenden Maßnahmen der Sowjets zu rechnen. Sie lassen immer wieder verlauten, daß sie eine weitere Diskussion dieses Themas innerhalb und außerhalb der Partei nicht wünschen. Dennoch bleibt die Wahl das Thema Nr. 1 in der gesamten Bevölkerung. Was werden die Sowjets nun tun? Werden sie die Wahlen zum zweiten Male verbieten, obwohl selbst Pieck seinen Segen dazu schon gegeben haben soll?

Heute morgen auf der Sitzung des Landesvolksausschusses gab es eine Art Manöverkritik der 2. Landesarbeitstagung des Deutschen Volkskongresses am 6. September in den Cottbuser Stadtsälen. Es war dort zu einer stundenlangen, eintönigen und phrasenhaften „Diskussion“ gekommen, in der alle Redner im Grunde dasselbe sagten. Ich gab meinem Unwillen über die Dauer der Diskussion und die Vielzahl der Redner Ausdruck. So-

fort widersprach mir Herr Sägebrecht von der SED. Er fand zweieinhalb Stunden Zum-Fenster-hinaus-reden offenbar völlig angemessen. Herr Arlt von der NDP unterstützte mich und erklärte, er hätte sich eine vielseitigere Diskussion gewünscht, „die auch Gegensätzlichkeiten hätte stärker zutage treten lassen“. Damit war nun S. ganz und gar nicht einverstanden. Das sei doch nicht die Aufgabe solcher Landestagungen, meinte er.

Koltzenburg (NDP) wünschte, daß seine Partei künftig im Büro des Sekretariats vertreten sei. Er wurde dabei von der SED unterstützt. Zu einer Beschlußfassung über diesen Antrag kam es jedoch nicht. Meschkat teilte schließlich mit, daß das Land Brandenburg für die Aufnahme von Beziehungen (Korrespondenz usw.) mit Westdeutschland den Raum Südwestdeutschland zugeteilt erhalten habe. Die Länder Württemberg-Baden und Rheinpfalz werden auf die einzelnen Städte und Kreise unseres Landes „verteilt“.

Montag, den 3. Oktober 1949

Nun kommt es doch zur Ostregierung! Heute mittag wurden wir Mitglieder des Hauptausschusses der LDP im Neuen Rathaus in Leipzig von Hamann indirekt über entsprechende Pläne unterrichtet.¹²⁵ Der Tagesordnungspunkt 2, unter dem diese Mitteilung erfolgte, lautete harmlos: „Die politische Lage und ihre Forderungen (Dr. Hamann)“. Der Parteivorsitzende holte weit aus, bevor er zum Thema kam. Er wies auf die Bildung der Bonner Regierung und die dadurch entstandene Trennung Deutschlands hin, lobte die Partei, die Tüchtigkeit ihrer Mitglieder, kennzeichnete die Aufgaben der Nationalen Front und auch ihre Fehler und sagte dann den entscheidenden Satz: „Es erscheint uns deshalb von besonderer Wichtigkeit, daß die vom Volksrat angenommene Verfassung jetzt rechtliche Wirksamkeit erlangt“. Noch einmal, gegen Schluß seiner über einstündigen Rede, kam Hamann auf dieses Thema zurück und erklärte: „Wir wissen, daß die Verfassung des Volksrates ein wesentliches Hilfsmittel ist, die von uns gewünschte Demokratie zu verwirklichen. Darum ist es notwendig, sie so bald wie möglich in Kraft zu setzen und aus ihrem Geist und mit ihrer Hilfe unser politisches Ziel, Einheit und Frieden für ganz Deutschland, zu verwirklichen.“

Die anschließende Diskussion kam zunächst nicht recht in Gang. Die meisten wußten wohl nicht so recht, was sie von Hamanns Ausführungen halten sollten. Stoltzenberg monierte diese Zurückhaltung und meinte, er glaube nicht, „daß ein Schweigen immer Zustimmung bedeutet“. Wenn wir hierzu nichts zu sagen hätten, dann gäben wir „dem Vorstand vollständige Vollmacht, im Sinne des Referates vorwärts zu gehen“. Es meldeten sich danach nur noch zwei Parteifreunde zu Wort. Erst später, nachdem der Hauptausschuß den Entwurf einer neuen Verfahrensordnung über Parteiausschluß in besonderen Fällen einstimmig angenommen hatte, gab

es noch eine kurze Diskussion, an der auch ich mich beteiligte. Dann sprach Kastner. Er verdeutlichte die Ausführungen Hamanns insoweit, als er prophezeite, wir würden in Zukunft „über eine provisorische Regierung zu einer durch geheime, freie und direkte Wahlen gewählten Volksvertretung kommen“.

Auf der Heimfahrt nach Potsdam im Wagen des Landesvorsitzenden berichteten mir von Koerber und Flatau noch folgende Einzelheiten: Die Konstituierung einer provisorischen Ostzonenregierung sei schon in der kommenden Woche zu erwarten. Diese Regierung werde nicht gewählt, sondern von der Besatzungsmacht eingesetzt. Zwischen den Blockparteien sei weitgehende Einigung über die Besetzung der Ministerien erzielt worden: als Kanzler sei Otto Grotewohl vorgesehen, die LDP werde das Finanz- und das Wiederaufbauministerium erhalten.¹²⁶ Auch NDP und DBP sollen bedacht werden: für die Bolz-Partei werde das Außenministerium, und für die kommunistische Bauernpartei das Landwirtschaftsministerium reserviert. Während Bonn bewußt auf einen Außenminister verzichtet hat, weil die Außenpolitik entsprechend dem Besatzungsstatut weitestgehend durch die Besatzungsmächte selbst geregelt werde, will man hier in der Ostzone durch die Ernennung eines „Außenministers“ offenbar demonstrieren, daß dieser Teil Deutschlands seine Außenbeziehungen „frei“ und ohne Besatzungsstatut gestalten kann.

Von Koerber berichtete auch über die Sitzung der Landesvorsitzenden mit den Zonenvorsitzenden, die heute morgen vor der Tagung des Hauptausschusses stattgefunden hat. Dabei sei man sich über folgende Punkte einig geworden: die LDP erkennt die Errichtung einer regierungsähnlichen Institution für die Ostzone als notwendig an, nachdem im Westen eine westdeutsche Regierung gebildet worden ist. Die zu bildende Regierung kann nur eine provisorische sein – sie muß ihre demokratische Bestätigung durch geheime, freie und demokratische Wahlen erhalten. Die LDP wird eine Festsetzung des Termins dieser Wahlen sowie der Landtags-, Kreis- und Gemeindewahlen verlangen, und die Einsetzung eines Präsidenten (Wilhelm Pieck) strikt ablehnen. Sie wird darüber hinaus fordern, die vom Volksrat verabschiedete Verfassung sofort in Kraft zu setzen, um so die permanente Revolution und Evolution in der Zone zum Stillstand zu bringen und ihre kommunistischen Partner zu einer verfassungskonformen Haltung zu zwingen.¹²⁷ Man sei sich darüber klar gewesen, daß die Erfüllung dieser unserer Forderungen zu einer Konsolidierung der politischen Lage in der Zone beitragen könnte. Man erwarte gewisse Zugeständnisse der SMA, insbesondere die, daß die Besatzungsmacht künftig auf Verhaftungen aus politischen Gründen verzichte. Der Vorstandskreis habe beschlossen, den politischen Einfluß der LDP zu verstärken. Man hoffe auf eine allgemeine Beruhigung der Lage, fürchte aber zugleich, daß die neue Entwicklung gegebenenfalls auch zu neuen Schwierigkeiten im innen- wie außenpolitischen Bereich führen könne. Kastner wird nun un-

sere Forderungen in den nächsten Tagen aushandeln müssen. Ich habe allerdings große Befürchtungen, daß unsere Parteifreunde und Wähler unsere Handlungsweise nicht verstehen und billigen werden. Obwohl das der einzige Weg ist, um auf die Dinge überhaupt noch Einfluß zu nehmen.

Donnerstag, den 6. Oktober 1949

Aus dem „Stimmungsbericht“ des Monatsberichtes des Landesverbandes an die SMA vom heutigen Tage:

„Die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates zu Beginn des Berichtsmontats (September) wurde bei der Bevölkerung im allgemeinen sehr zurückhaltend aufgenommen. Mit Mißtrauen verfolgten die demokratischen Menschen die sich mehr und mehr verstärkende Tätigkeit rechtsradikaler Elemente in den Westzonen und die Besatzungspolitik der westalliierten Mächte. Der Wunsch, den augenblicklichen Zustand des Auseinanderlebens zwischen Ost- und Westdeutschland zu überwinden, ist nach wie vor groß, und die Bevölkerung hat deshalb auch wenig Verständnis dafür, wenn sich die Propaganda der Nationalen Front vielfach in wahren Schimpfkanonaden gegen Politiker im Westen erschöpft, statt daß man versucht, sich in sachlich-kritischer Weise mit den maßgeblichen Personen im Westen über das deutsche Problem auseinanderzusetzen.¹²⁸ Immer lebhafter wird das Verlangen der breitesten Schichten der Bevölkerung, daß zunächst einmal in der Ostzone ein Zustand der allgemeinen Beruhigung eintrete und daß keine Maßnahmen mehr getroffen werden, die eine Verständigung mit dem Westen gefährden oder gar unmöglich machen können. Dieser Wunsch wird ganz besonders deshalb geäußert, weil weite Kreise inzwischen klar erkannt haben, daß die Einigung unseres Vaterlandes von der Ostzone ausgehen muß und letzten Endes auch nur ausgehen kann.

Mehrfach kamen aus Bevölkerungskreisen Klagen über das oft rigorose Vorgehen der Volkspartei bei Gepäckkontrollen sowie über erhebliche Mängel in der Versorgung mit Nahrungsmitteln.“

Gestern abend bei Flatau. Er hatte mich zu einem Gespräch gebeten und schlug mir jetzt im Auftrage der Parteiführung vor, den Posten eines Referenten für deutsch-sowjetische Freundschaft in der Parteileitung zu übernehmen. Ich lehnte aus politischen und persönlichen Gründen ab.

Sonntagabend, den 15. Oktober 1949

Die schwere Geburt der sogenannten Deutschen Demokratischen (?) Republik ist vorbei. Die Niederkunft war kurz, aber schmerzlich. Ohne Wahlen wurde durch die Besatzungsmacht eine Ostregierung eingesetzt, in der die SED die führende Rolle erhielt.¹²⁹ Die Reaktion der Bevölkerung war dementsprechend. Viele der Parteifreunde wurden wankend in ihrer Treue zur Partei, glaubten sie sich doch durch die Parteiführung verraten. Diese hatte ihnen immer wieder zugesichert, sich für freie, demokratische Wahlen in den Zonen einzusetzen. Nun aber hat sie ihr Ja zu der „Zwangsgeburt“ (so soll Ulbricht diesen Vorgang genannt haben) einer volksdemokratischen Regierung gegeben. Gegenwärtig haben wir noch keinen Überblick, wieviele Mitglieder aus der Partei ausgetreten sind und wieviele Ortsgruppen sich inzwischen aufgelöst haben. Man kann jedoch davon

ausgehen, daß überall dort, wo besonnene und politisch weitblickende Funktionäre sitzen, auch die Reaktion der Mitglieder auf diese Ereignisse vernünftig gewesen ist.

Gestern vormittag die erste Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes nach Bildung der provisorischen Ostzonenregierung. Einleitend begründete von Koerber noch einmal das Ja der LDP. Der Grund für „die verhältnismäßig plötzliche und in ihrem Ausmaß etwas unerwartete“ Regierungsbildung sei der nationale Notstand, in dem sich Deutschland nach der Bildung eines Weststaates befinde. Die Westregierung sei sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht rückschrittlich und stehe „ohne Zweifel unter dem Machteinfluß der katholischen Kirche“. Der Einfluß Roms sei, „wie schon oft in der deutschen Geschichte“, auch heute wieder verderblich. Um den Frieden für Deutschland und die Beseitigung einer Kriegsgefahr zu erreichen, „haben wir zweifellos ein gewisses Opfer gebracht“. Die LDP habe alle parteipolitischen Bedenken wegen der Schnelligkeit der Entwicklung zurückgestellt. „Wir haben davon abgesehen, auf eine Wahl zu drängen, sondern wir haben uns nach langen Beratungen und ernsten Prüfungen bereiterklärt, dieses Opfer zu bringen, auf die Wahl jetzt zu verzichten.“

Von Koerber wies sodann auf die Regierungsämter der LDP hin und meinte, wir seien „in der uns rechnerisch zukommenden Stärke in der Regierung vertreten“. Wie sich die Überführung der sowjetischen Militärverwaltung in eine zivile Kontrolle auswirken werde, wisse er nicht. Unsere politische Linie werde die gleiche bleiben; es wäre „völlig falsch“ gedacht, wenn man annähme, daß sich an dieser Grundlage etwas ändere. Koerber schloß seine Ansprache mit den Sätzen: „Die verantwortlichen Männer der Partei müssen klar erkennen, daß irgendeine Abänderung der politischen Linie nicht in Frage kommt, sondern eine Verstärkung. Es ist notwendig, dies klar und deutlich unter den Mitgliedern zu verbreiten.“

Frau Orthmann meldete sich als erste. Sie interpretierte Koerbers letzte Sätze so, daß die politische Linie deshalb nicht mehr zu erörtern sei, weil sie durch das Parteiprogramm festliege. Koerber entgegnete verärgert, er sei augenscheinlich mißverstanden worden. Die politische Linie sei im Parteiprogramm nicht verankert, z.B. nicht bezüglich der Außenpolitik. Es gebe Parteifreunde, die glaubten, sie könnten eine neue Politik anfangen, eine Politik mit anderen Voraussetzungen.

Damit war dann auch die Diskussion über das Einleitungsreferat bereits beendet.¹³⁰ Ganz am Schluß der Sitzung kam Hein auf das Hauptthema noch einmal zu sprechen, indem er nach der Zusammenarbeit mit den Kommandanturen der Besatzungsmacht fragte. Es gab dabei einige Mißverständnisse, die Frage blieb unbeantwortet.

Westarbeit der Nationalen Front

Dienstag, den 25. Oktober 1949

Am Morgen Sitzung der Werbekommission des Volkskongresses. Weinwurm (NDP) wurde zu deren Vorsitzenden, ich zu seinem Stellvertreter gewählt. Meschkat nannte die Aufgaben der Volksausschüsse, auf die sich die Werbekommission einzustellen habe. Neben den üblichen Aktivitäten in der Ostzone erwähnte M. das Problem der Umsiedler, die Aufnahme von Kontakten mit dem Westen und die propagandistische Arbeit in Westberlin. Die Kommission beschloß, das Potsdamer Schulamt aufzufordern, mit den Berliner Schulämtern in Verbindung zu treten. Die früher üblichen Schulklassenbesuche in Potsdam und Sanssouci sollten wieder in Gang kommen. Es wurde erwogen, Besuche aus Westberlin in volkseigenen Betrieben möglich zu machen. Nach der Sitzung bot mir Meschkat eine Referentenstelle im Landesvolksausschuß an. Ich versprach, das Angebot zu überlegen.

Donnerstag, den 27. Oktober 1949

Am Vormittag in Berlin konstituierende Sitzung des Jugendbeirates bei der Parteileitung. Manfred Gerlach wurde mit 9:1 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zum Beiratsvorsitzenden gewählt, Siegfried Eckardt und Hermann Marx einstimmig zu seinen Stellvertretern. Einleitend gab Generalsekretär Stempel einen kurzen Bericht über die politische Lage. Die Partei stehe vor einer vollkommen neuen Situation. Die Parteileitung sei sich der Schwierigkeiten durchaus bewußt. „Die Mißstimmung unserer Mitglieder und Wähler wegen der Tatsache, daß wir der Festsetzung des Wahltermins auf den 15. Oktober 1950 zugestimmt haben, ist uns bekannt“ meinte Stempel. Wir müßten uns darüber im klaren sein, daß wir bei sofortigen Wahlen „einen großen Erfolg zu verzeichnen hätten und dann vor beachtlichen personellen Problemen gestanden hätten“. Darum gelte es jetzt, die Zeit bis zum nächsten Herbst zu nutzen. Das Gerücht, daß auch dieser Termin wiederum verschoben werden könnte, entbehre jeder Grundlage. Die SED wisse, daß der festgesetzte Wahltermin unbedingt eingehalten werden müsse und daß sie dann „vielleicht vor der letzten Bewährungsprobe stehen wird“.

Dann noch ein paar Sätze über seine (Stempels) jüngste Reise nach Westdeutschland, wo man vollkommen falsche Vorstellungen vom Osten habe. Aufgabe unserer Partei werde es sein, die Verbindung zwischen Ost und West wieder herzustellen.

Gestern nachmittag auf der Sitzung des Landesantifablocks im Hause der Bauernpartei wiederholte die NDP ihren Antrag, in die Ausschüsse der Kreis- und Gemeindevertretungen mit beratender bzw. mit beschlie-

Bender Stimme zugewählt zu werden. CDU und LDP erklärten sich mit diesem Verfahren nur unter der Bedingung einverstanden, daß auch andere Parteien als NDP und DBP die Möglichkeit gegeben werde, in die Ausschüsse der betreffenden Parlamente einzuziehen. Dem stimmte der Landesblock zu. Damit können künftig Vertreter unserer Partei auch in den Kreisen und Gemeinden mit beratender Stimme in den Ausschüssen tätig sein, wo die LDP bisher nicht vertreten ist.¹³¹

Sonnabend, den 29. Oktober 1949

Gestern den ganzen Tag Sitzungen. Erst tagte der geschäftsführende, dann der erweiterte Landesvorstand im Landtag. Mühlmann hatte eine EntschlieÙung ausgearbeitet, die in der erweiterten Vorstandssitzung zur Diskussion gestellt wurde. Sie rechtfertigte in ihrem ersten Teil die Entscheidungen des Zonenvorstandes, wies jedoch in ihrem zweiten auf das Unverständnis hin, das bei einem Teil der Mitglieder und Wähler über die Haltung der Parteileitung bestehe. Darum sei eine „feste Zusicherung der Parteileitung notwendig, daß sie unter allen Umständen darauf besteht, daß in Ausführung der feierlichen Zusage des Deutschen Volksrates vom 7.10.1949 die Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen am 15.10.1950 in der durch den Artikel 51 der Verfassung festgesetzten Form erfolgen“.¹³² Mühlmann zur Begründung seines Entwurfs: „Wir können und wollen uns doch nicht verhehlen, daß unsere Freunde großenteils stark enttäuscht sind und die Zustimmung der Parteileitung mißbilligen. Um die Freunde im Lande zu beruhigen, habe ich diese EntschlieÙung entworfen.“ Steffen schlug eine Ergänzung und Abänderungen vor, die zum Ausdruck bringen sollen, „daß die Liberaldemokraten Brandenburgs die Parteileitung und die neugebildete Regierung beim Aufbau des Vaterlandes und bei der Er kämpfung der Einheit Deutschlands mit besten Kräften unterstützen“. Eine Redaktionskommission wurde gebildet¹³³, dann wandte sich der Vorstand seinem Hauptthema zu: „Vorschlag für die Neubesetzung des Finanzministeriums in Brandenburg“.¹³⁴ Mühlmann verlas ein Schreiben Hamanns, der von Koerber für diesen Posten empfiehlt. In der Diskussion wurden Bedenken wegen der ohnehin schon zu zahlreichen anderweitigen Verpflichtungen des Landesvorsitzenden laut. Der Vorschlag, Kretschmer zum geschäftsführenden Landesvorsitzenden zur Entlastung Koerbers zu wählen, fand Resonanz. Da keine Einigung zu erzielen war, erörterte man zunächst die auf der Tagesordnung stehende „Arbeitsverteilung im Landesverband“, durch die der Landesvorsitzende ebenfalls entlastet werden soll. Sie fand einmütige Zustimmung¹³⁵, und der Vorschlag eines geschäftsführenden Vorsitzenden wurde nun fallengelassen, zumal auch Steffen meuterte. Er drohte für diesen Fall mit seinem Rücktritt als Generalsekretär. Koerber wurde vom Landesvorstand zum Nachfolger Lieutenants im Amt des Finanzministers vorgeschlagen.

Auf der erweiterten Vorstandssitzung, an der auch die Kreissekretäre teilnahmen, gab Kastner noch einmal eine Erläuterung der Regierungsbildung. Es dauerte eine Weile, bis er zum Thema kam: er habe für die Durchführung der Wahlen gekämpft und lasse keinen Zweifel darüber, „daß ich zumindest einen früheren Wahltermin gefordert habe“. Aber er sei dabei allein geblieben, und es sei die Frage entstanden, ob man das Plus, das zu gewinnen war, um des Wahltermines willen opfern sollte. Das Entscheidende sei, daß die SED jetzt die Verfassung beschworen habe – eine entscheidende Frage, über die die Geschichte ihr Urteil abgeben werde. Die LDP verlange weiter nichts, als daß die beschworene Verfassung auch gehalten werde. Der sei ein Verräter an der deutschen Sache, der nicht treu zur Verfassung stehe; ganz gleich, in welcher Partei er sich befinde, und sei es die größte. Kastner wandte sich auch gegen die Behauptung, daß die Sowjetunion nun die Ostzone zu einem Sowjetstaat machen wolle. Wenn die Russen den Wunsch gehabt hätten, Deutschland oder Ostdeutschland, zu einem Sowjetstaat zu machen, wer hätte sie daran hindern können? Niemand, meinte K. Aber sie hätten es nicht getan, weil ihnen ein Gesamtdeutschland als Friedensfaktor in Mitteleuropa wertvoller und entscheidender sei als das andere, „auf das leider doch ein Kreis unserer Volksgenossen auf dem linken Flügel gegen den Willen der Russen zusteuert“.

In der anschließenden Diskussion sprachen 18 Parteifreunde. Personalpolitik, Wahltermin, Finanzprobleme, Militarisierung der Ostzone, Pressepolitik der SED, Oder/Neiße-Grenze, Blockpolitik und volkseigene Betriebe waren u. a. die Themen der Diskussionsteilnehmer. T. (Guben) prophezeite: „Wir marschieren mit festem Schritt zur Volksdemokratie“. Sch. aus Oberbarnim bemerkte, es habe den Anschein, „als ob die Nationale Front zu einer Einheitsliste hinsteuert“ und verlangte von Kastner dazu eine Stellungnahme. I. aus Jüterbog bekannte, daß es den Leuten an Mut fehle, „offen mit der Meinung hervortreten, weil die Angehörigen unserer Partei einem Druck ausgesetzt sind, so daß sie nicht zu atmen wagen“. Dieser Druck müsse von uns genommen werden. „Ich würde es gern sehen und auch hören, wenn Prof. Kastner uns heute einigermaßen die Zusage geben könnte, daß es aufhören muß, Furcht zu haben, LDP-Mann zu sein“, erklärte M. (Frankfurt/Oder).

Kastners Antworten? Sprüche, Abwiegeln, Ausweichen, nichts Konkretes. Er habe überall ganz klar und deutlich erklärt, er sei kein Kommunist. Aber eines sei ihm klargeworden, daß die LDP die einzige nichtsozialistische Partei sei. Wir wehrten uns gegen die Behauptung, es wäre für Deutschland am besten, wenn der Staat überhaupt allein wirtschaftete. Zu den Klagen über Entlassungen von Parteifreunden meinte Kastner, es seien vor einiger Zeit sechs Männer von einem Finanzamt bei ihm erschienen. Sie hätten sich beschwert, daß sie als Angehörige der LDP entlassen worden wären. Er sei der Angelegenheit persönlich nachgegangen: fünf

dieser Leute seien überhaupt nicht entlassen worden. Und dem sechsten sei fristlos gekündigt worden, weil er ohne Entschuldigung nicht zum Dienst gekommen sei. Ähnlich lägen die Dinge oft bei den Verhaftungen. Und ziemlich zum Schluß dann noch die Bemerkung: „Wenn ich zu jungen Menschen spreche, sage ich ihnen: hört mich an, aber glaubt mir kein Wort, sondern prüft, was ich sage!“ Das werden die Parteifreunde sicherlich tun.¹³⁶

Dienstag, den 8. November 1949

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA:

„Trotz der Verschiebung der Wahlen, die zunächst in den Kreisen unserer Mitglieder erhebliche Unruhe hervorrief, steigt die Mitgliederzahl im Landesverband Brandenburg langsam an ... Die am 7. Oktober vollzogene Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Auswirkung für die weitere Arbeit unserer Partei stellte die Landesleitung in diesem Monat (Oktober) vor besonders große Aufgaben. Während zunächst die Verschiebung des fälligen Wahltermins auf den 15. 10. 50 in einzelnen Kreisverbänden Enttäuschung hervorgerufen hat und zu Vorstellungen bei der Landes- und Parteileitung führte, gelang es den Funktionären unserer Partei, die Mitgliedschaft durch intensive Aufklärungsarbeit von der unabdingbaren Notwendigkeit der Mitarbeit unserer Partei an den so bedeutungsvollen Aufgaben der neuen Regierung zu überzeugen...

In einigen Kreisverbänden wurden nach der Regierungsbildung zunächst keine Versammlungen durchgeführt, sondern eine abwartende Haltung eingenommen...

Die so unerwartet plötzliche Regierungsbildung hat in weiten Bevölkerungskreisen zunächst Unsicherheit in der politischen Beurteilung der Lage ausgelöst, zumal die Regierung ohne verfassungsmäßige Wahlen konstituiert wurde. So konnte man fast überall eine Verschlechterung der allgemeinen Stimmung feststellen, jedoch ergab sich im Verlaufe des Monats bald eine langsame Beruhigung, als mehr und mehr Menschen einzusehen begannen, daß die neue Lage neben Verzicht auf bestimmte politische Erwartungen doch ganz wesentliche Fortschritte auf innen- und außenpolitischem Gebiet zu verzeichnen hatte...

Die Bevölkerung wünscht vor allem, daß der neue Staat eine friedliche und demokratische innerdeutsche Entwicklung gewährleistet und daß die Zeit der großen Veränderungen auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet abgeschlossen wird, damit jetzt eine Beruhigung der innenpolitischen Situation gerade auch in unserer Zone eintreten kann...

Mittwoch, den 9. November 1949

Um 8 Uhr früh Sitzung des Sekretariats des Landesvolksausschusses. Meschkat berichtete über eine Besprechung, die am 4. November in Mahlow über Maßnahmen zur Einflußnahme auf die Westsektoren Berlins stattgefunden hat. Es wurde dort beschlossen, daß jeder der Randkreise (Potsdam, Osthavelland, Niederbarnim, Teltow, Beeskow-Storkow, Zauch-Belzig) ein bestimmtes Arbeitsgebiet erhalten soll. Der Kreis Osthavelland solle auf den englischen Sektor Einfluß nehmen, Teltow und Potsdam werden den amerikanischen, Niederbarnim den französischen Sektor „bearbeiten“.

Beeindruckt war ich vom Etat des Landesvolksausschusses. Nach Angaben Meschkats hat der Landesvolksausschuß für das Haushaltsjahr 1950 für sich selbst 635 000 DM und für die 27 Kreisausschüsse 923 400 DM, insgesamt also 1 558 400 DM bei der Landesregierung beantragt. An einer Zuweisung des geforderten Betrages ist kaum zu zweifeln. Wenn ich damit unseren Etat, den des Landesverbandes einer legalen Partei, vergleiche¹³⁷ ...

Donnerstag, den 17. November 1949

Vormittags in Berlin in Vertretung eines Parteifreundes beim Ausschuß für Hochschul- und Studentenfragen in der Parteileitung. Die Delegierten aus den Ländern berichteten über die Immatrikulationen zum Wintersemester 1949. Zufriedenstellend für die LDP in Greifswald: 6 LDP-Mitglieder seien bereits zugelassen, insgesamt 12–15 Parteimitglieder würden es vermutlich am Ende sein. In Sachsen-Anhalt: von 2500 Bewerbern 600 zugelassen, darunter 25 LDP-Mitglieder; 12 oder 13 Parteifreunde noch nachträglich zugelassen. Allerdings: an der volkswirtschaftlichen und der philosophischen Fakultät keine einzige Zulassung. Aus Jena berichtet Möhring, daß hier von 1800 Bewerbern 1100 zugelassen worden seien, darunter 45 Parteifreunde. Münch gab aus Sachsen folgenden Bericht: 3866 Bewerber und 1986 Zulassungen (davon 1007 an der Arbeiter- und Bauernfakultät). Unter den 1986 zum Studium Zugelassenen 876 SED-, 109 LDP-, 93 CDU- und 54 NDP- und DBD-Mitglieder. Insgesamt sollen in Sachsen 317 LDP-Bewerbungen vorgelegen haben.

Kröber, Marx u. a. machten darauf aufmerksam, daß es immer wieder an einer ausreichenden Zahl von geeigneten LDP-Bewerbern für das Studium fehle und hier ein Versagen der Parteiorganisationen erkennbar sei.

Unter Punkt 5 behandelte der Ausschuß eine neue Wahlordnung für die Studentenratswahlen. Marx betonte, daß die LDP-Studenten jede Form von „Vorwahlen“ ablehnten, wie sie die SED anstrebe, aber auch den Plan, der FDJ die Geschäfte der Studentenräte zu übergeben. Die sächsischen LDP-Studenten haben eine demokratische Wahlordnung ausgearbeitet. Sollte das Volksbildungsministerium nicht auf unseren Wahlvorschlag eingehen und eine besondere Wahlordnung herausgeben, in der wieder Vorwahlen vorgesehen seien, wäre – so Marx – eine weitere Mitarbeit von LDP-Studenten in den neuen Gremien sowie bei den Wahlen ausgeschlossen. Marx verlangte von der Parteileitung, daß sie entschieden ablehne, was nicht mit den demokratischen Grundprinzipien zu vereinbaren sei. Einstimmig machte sich sodann der Hochschulausschuß den Wahlvorschlag Sachsens zu eigen und dessen Forderung, daß bei Verhandlungen der Parteileitung mit dem Volksbildungsministerium über Hochschulprobleme grundsätzlich ein Vertreter des Ausschusses hinzugezogen wird. Schließlich wurde Marx anstelle von Wiese für den Hauptausschuß der LDP benannt.

Freitag, den 25. November 1949

Auf der konstituierenden Sitzung des Landesjugendbeirates heute vormittag im Landtag äußerte sich von Koerber u.a. über das Verhältnis Deutschland – Rußland. Wir hätten, so meinte K., eine „ganz bestimmte gemeinsame Linie“ in bezug auf Deutschland: Rußland wolle uns möglichst Selbständigkeit lassen, soweit dies mit seiner eigenen Politik vereinbar sei. Absicht der Sowjetunion sei es vor allem zu verhindern, daß Westdeutschland endgültig und unabänderlich in dem Atlantikpakt aufgehe. Das würde unserer geographischen Lage und der geschichtlichen Entwicklung widersprechen. Unsere Chance liege im Osten. Die Sowjetunion habe uns die Freiheit unserer Betätigung gegeben. Das sollten wir nutzen, um – ohne Marxisten zu sein – ihre Achtung zu erringen. Koerber warb in diesem Zusammenhang für die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, deren Organisation vielleicht dahingehend geändert werden könnte, daß sie mehr einen „gesellschaftlich-familiären“ Umgang möglich mache. Wortmeldungen zu Koerbers Ausführungen gab es nicht.

Zuvor hatten wir einen Beiratsvorstand gewählt, in dem ich nicht vertreten sein werde. Ich begründete noch einmal kurz die Bildung der provisorischen Regierung und bezeichnete es als die künftige Aufgabe der LDP, auf die wir uns verstärkt konzentrieren müßten, „die Entwicklung in der Ostzone im liberalen Sinne zu beeinflussen“. Das Thema FDJ brachte ich diesmal selbst zur Sprache. Ohne Widerspruch plädierte ich für Mitarbeit, um zu verhindern, daß FDJ und Junge Pioniere parteipolitisch einseitig ausgerichtet würden. Wir sollten vor allem diese Organisationen mit Propagandamaterial unserer Partei versorgen. Nach Verlesen und Diskussion eines Arbeitsprogramms beschloß der Beirat die Bildung von vier Arbeitsgemeinschaften – für Schulfragen, Jugendverbände und Organisationen, für politische und sozialpolitische Fragen.

Montag, den 28. November 1949

Nachdem Meschkat heute morgen dem Sekretariat des Landesvolksausschusses noch einmal über die Konferenz mit den Randkreisen Berlins berichtet hatte, kam es zu einer interessanten Diskussion über Chancen und Gefahren von Westkontakten. Siebenpfeiffer (CDU) meinte, es sei allerhöchste Zeit, „in Richtung auf Westberlin offensiv zu arbeiten“. Sein Parteifreund Schmidt ging noch einen Schritt weiter und erklärte, in unserer Arbeit räche sich jetzt der bisher vertretene Standpunkt: „Nur keine Berührung mit dem Westen!“ Gerade in dem Hinüber und Herüber, in der dauernden Wechselwirkung, liege die Beeinflussungsmöglichkeit.

Das rief Herrn Seibt (SED) auf den Plan, der sofort auf die Gefahren der „Schädigung unserer Arbeit durch Agenten“ hinwies. Der Eifer Siebenpfeiffers animierte Seibt zu dem ein wenig hinterhältigen Vorschlag, der Herr Landrat sollte im Rundfunk sprechen und dabei „die Lügenmel-

dungen des RIAS durch Tatsachenmaterial als Unwahrheiten brandmarken". Schmidt berichtete sodann über seine jüngste Reise nach Westdeutschland. Dort habe er leider feststellen müssen, daß unsere Arbeit drüben am meisten durch Personen geschädigt werde, die einstmals hier in der Zone irgendwelche Posten innehatten und „wegen Unredlichkeiten oder sonstiger krimineller Delikte“ nach Westdeutschland geflohen seien. Diese Leute träten drüben als die „armen Ostvertriebenen“ auf und berichteten über Zustände in der Ostzone, die jeglicher Wahrheit entbehrten. Gerade hier müsse unsere propagandistische Aufklärung einsetzen, indem man über Presse und Rundfunk verbreite, weshalb diese Personen verschwanden und was sie verbrochen hätten.

Am Sonnabend sprach ich in Berge (Osthavelland) in einer öffentlichen Kundgebung über das Eisenacher Programm und die Verfassung.¹³⁸ Die Versammlung war recht gut besucht. Es kam zu einer teilweise hitzigen Auseinandersetzung mit dem anwesenden SED-Ortsgruppenvorsitzenden über Sozialismus, Demokratie und Freiheit. Dabei hatte ich das Publikum auf meiner Seite. Auf der Heimfahrt hatte unser Wagen eine Panne. Ich war erst um 3 Uhr früh zuhause und mußte bereits kurz nach 8 Uhr wieder fort: mit Koerber und Steffen nach Fürstenwalde zu einer Arbeitstagung der LDP.

Dienstag, den 29. November 1949

Gestern vormittag, auf der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes, gab von Koerber einen wenig optimistischen Bericht über den Stand unserer Bemühungen für eine eigene Parteizeitung im Land Brandenburg.¹³⁹ Die Lizenz sei noch immer nicht da, obwohl sie uns bereits vor Wochen von Major Ziora von der SMA versprochen worden sei. Es fehle nur noch die Unterschrift, die von einem Tag zum anderen erfolgen sollte. Jetzt entschieden aber deutsche Stellen – und diese sperren sich. Er, von Koerber, habe dieserhalb erhebliche Auseinandersetzungen mit Herrn Norden gehabt, ohne Erfolg. Einer schiebe immer die Verantwortung auf den anderen. Kastner habe sich bereits bei Grotewohl beschwert und diesen gebeten, nun endlich die Lizenz zu erteilen. Immerhin sei bereits das Papier für die ersten Drucke gesichert. Dem widersprach Steffen, der berichtete, es gebe bis zur Stunde keine Stelle, die uns das Papier zusichere. Außerdem sei eine Druckerlaubnis erforderlich, weil nicht jede Druckerei auch drucken dürfe. Und was die Finanzen betreffe, so seien für die Zeitung zunächst 30 000 bis 50 000 DM erforderlich, die durch Spenden der Kreisverbände, Sammlungen und Darlehen aufgebracht werden müßten.¹⁴⁰

Montag, den 5. Dezember 1949

Böse Nachrichten. Gerhard W. hat in den letzten Wochen dem Alkohol noch wesentlich mehr zugesprochen als bisher. Angebliche Ursache seines unmäßigen Trinkens: die ständigen Anzapfungen durch die Herren vom MVD. Am Freitagabend vergangener Woche hat er nun im Zustand der Volltrunkenheit unsere Parteifreundin Marie-Luise R. in dem von ihr geleiteten Kinderheim aufgesucht, sie beschimpft (weil sie angeblich ihn und mich bei der Besatzungsmacht denunziert haben soll) und tätlich angegriffen. Das berichtete ein Kollege der Landesleitung, Gerhard hatte mir gegenüber von diesem Vorfall kein Wort gesagt. Am Sonnabend legte er seine sämtlichen Parteiamter nieder und ist seit heute morgen spurlos verschwunden. Niemand weiß, ob er sich aus dem Staub gemacht hat oder von den Russen verhaftet wurde.¹⁴¹ Fräulein R., die ich heute abend sprach und die den Bericht des Parteifreundes bestätigte, machte mir gegenüber Andeutungen, daß sie Gerhard für eine Spitzel hält. Ich muß daran denken, daß mich Gerhard bis in die letzte Zeit hinein fast täglich über politische Fragen ins Gespräch gezogen hat...

Inzwischen ist die SED erneut zum Angriff auf die „bürgerlichen Parteien“ angetreten. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine SED-Zeitung gegen LDP und CDU zu Felde zieht. In Fürstenwalde wurde dieser Tage unser Kreisrat Polte, angeblich auf sowjetische Veranlassung, von der deutschen politischen Polizei verschleppt.¹⁴² Wie zu hören war, soll Kastner auf einer Ministerbesprechung einen Zusammenstoß mit Grotewohl wegen der Werbeversammlungen der LDP gehabt haben. Diese werden seit Ende des vergangenen Monats in der ganzen Ostzone durchgeführt und haben teilweise überraschend hohe Besucherzahlen.¹⁴³ Grotewohl soll die – wie er meinte – gegen die SED gerichteten Versammlungen scharf kritisiert haben, während Kastner darauf hinwies, daß es sich bei dieser Kampagne lediglich um eine Aufklärungsaktion der LDP über Sinn und Aufgaben der „Deutschen Demokratischen Republik“ handele.

Von der NKWD umworben und bedrängt – Die Basis wird rebellisch

Mittwoch, den 7. Dezember 1949

Heute abend, kurz nach 6 Uhr, läutete es an der Wohnungstür. Draußen zwei Herren in dunkelbraunen Ledermänteln. Sie sprachen gebrochen deutsch und verlangten mich zu sprechen. Ich glaubte einen Augenblick, sie seien gekommen, um mich in die Lindenstraße zu bringen.¹⁴⁴ Aber die

beiden Russen wollten sich nur mit mir unterhalten. Es war ein sowjetischer Offizier mit seinem Dolmetscher. Ihre Namen nannten sie nicht. 1¼ Stunden lang informierte sich der Offizier über die Jugendarbeit in der LDP, meine Ansichten zu diesem Thema und meine Pläne. Dann verabschiedete er sich sehr höflich, pries den Vorteil solcher Kontakte und bat um eine weitere Unterredung. Ich sagte zu – was sollte ich sonst machen?¹⁴⁵

Freitag, den 9. Dezember 1949

„Staatsbesuch“ des Ostzonenpräsidenten Wilhelm Pieck in Potsdam. Am Abend eine Festvorstellung im Landestheater. Premiere des Schauspiels in vier Akten „Das Haus in der Gasse“ der sowjetischen Satiriker Brüder Tur¹⁴⁶, zu der auch ich geladen war. Kurz vor Beginn der Vorstellung erschien Pieck mit Gefolge. Stehend wurde die „Nationalhymne“ gesungen, das an Peter Kreuders „Good bye Johnny“ erinnernde „Auferstanden aus Ruinen“. Das Stück selbst war langweilig und humorlos, die propagandistischen Absichten zu dick aufgetragen. Aber den kommunistischen Honoratioren schien es zu gefallen.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die Sowjetische Kontrollkommission (SKK)¹⁴⁷ vom gleichen Tage:

„Die ersten Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lebenshaltung wurden von der Bevölkerung freudig begrüßt. Weniger erfreulich ist es allerdings gerade für die schaffenden Menschen, daß auf der anderen Seite auch rückläufige Entwicklungen zu bemerken sind, so die verstärkten Stromabschaltungen in den Morgen- und Abendstunden, der örtlich oft sehr schwache Gasdruck und die vielfach meist mangelhafte Versorgung mit Brennmaterialien und Kartoffeln. Immer und überall stößt man in allen Kreisen des Landes bei der Bevölkerung auf eine sehr kritische Einstellung zu der Handelsorganisation, die sich immer mehr ausbreitet und ihre Waren immer noch zu für den einfachen Menschen unerschwinglichen Preisen verkauft.

... Obwohl die Erkenntnis der Notwendigkeit einer deutsch-sowjetischen Freundschaft allmählich immer mehr Raum gewinnt, steht die Bevölkerung dennoch auf dem Standpunkt, daß die Werbemethoden für die Gesellschaft ... in mancherlei Hinsicht einer gründlichen Überprüfung bedürfen, speziell im Hinblick auf die oft etwas rigorosen Maßnahmen von Behörden und Betrieben, um möglichst alle Betriebsangehörigen zu Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.“¹⁴⁸

Dienstag, den 13. Dezember 1949

Heute mittag 2½ Stunden im Hause der Sowjetischen Kontrollkommission in der Berliner Straße zur Fortsetzung des Gesprächs vom 7. Dezember. Der sowjetische Offizier erkundigte sich dieses Mal sehr eingehend nach meinem Bekanntenkreis, wollte wissen, mit welchen meiner Schulkameraden ich noch Kontakt hätte, wer von diesen im Westen lebe, welche Freunde ich habe, in der Zone und in Westdeutschland, und deren politische Einstellung. Ich fand diese Ausfragerei ärgerlich und gab auswei-

chende Antworten, was den sowjetischen Offizier zu noch hartnäckigerer Fragerei veranlaßte. Er will mich am 19. Dezember wiedersehen.

Donnerstag, den 15. Dezember 1949

Gestern eine fast siebenstündige turbulente Arbeitstagung des Landesverbandes, bei der es zeitweilig zu Tumulten um Dr. von Stoltzenberg kam. Um 10 Uhr hatten sich im Landestheater in der Zimmerstraße („Alter Fritz“) die Funktionäre der Kreisverbände Teltow, Zauch-Belzig, Luckenwalde, Osthavelland, Brandenburg, Rathenow, Westhavelland und Potsdam versammelt. Ähnliche Arbeitstagungen, bei denen unsere Funktionäre über die jüngste Entwicklung in der Ostzone unterrichtet werden und Gelegenheit haben sollen sich auszusprechen, hatten bereits in den vergangenen Wochen in Prenzlau, Eberswalde, Kottbus und Fürstenwalde stattgefunden. Sie gingen relativ ruhig vonstatten.

Diesmal waren unsere Parteifreunde offensichtlich mit der Absicht angereist, „denen da oben“ einmal gründlich die Meinung zu sagen. Im Saal herrschte eine überaus gereizte Stimmung, die sich bereits im ersten Diskussionsbeitrag nach dem einführenden Vortrag Koerbers Luft machte. Gegenstand scharfer Kritik war vor allem unser Parteiorgan „Der Morgen“. Die Zeitung, so meinte der erste Diskussionsredner, mache auf ihn den Eindruck, „als sei sie in letzter Zeit sehr stark ins kommunistische Lager übergegangen“. Im „Morgen“ lese man nur noch ein „ewiges Gethetze“. Auch der Rundfunk solle endlich seine Hetze einstellen und Tatsachen bringen. Koerber und Frau Orthmann wiesen diese Vorwürfe zurück.¹⁴⁹ Das provozierte neue Attacken gegen die gesamte Pressepolitik der Zone. Auf die etwas unvorsichtige Frage Koerbers, ob die Kritiker damit zum Ausdruck bringen wollten, daß z.B. die „Tägliche Rundschau“ ein schlechtes Blatt sei, rief der Kreisvorsitzende von Zauch-Belzig unter schallendem Gelächter in den Saal: „Was? Die ‚Tägliche Rundschau‘? Die nehme ich nur für spezielle Zwecke!“

Nach heftigen Wortwechseln zwischen von Koerber und einigen Parteifreunden debattierte man über unsere noch immer im Planungsstadium befindliche Landeszeitung¹⁵⁰, bis Herr von Stoltzenberg, der inzwischen eingetroffen war, das Wort ergriff. Seine Rede war nicht sonderlich geschickt. Er warb um Verständnis für die Entwicklung in der Ostzone, wandte sich gegen „überscharfe Kritik“ an den politischen Verhältnissen bei uns und gegen falsche Vergleiche. Wer das Heute mit der Nazizeit vergleiche, mache sich schuldig an den Opfern, meinte der Staatssekretär, der selbst 1944/45 in einem Konzentrationslager gesessen hat. Er verteidigte auch den „Morgen“ und behauptete, daß selbst die „Times“ Nachrichten verbreite, die „nachweisbar falsch“ seien, und daß manche unserer Parteikritiker ihre Nachrichten dem RIAS, dem „Telegraf“ und anderen westlichen Quellen entnähmen und damit ihr „eigenes Nest“ beschmutzten.

Die Parteifreunde wurden immer unruhiger. Als Stoltzenberg sein von Zwischenrufen häufig unterbrochenes Referat beendet hatte, gab es nur spärlichen Beifall, dann eine hitzige Aussprache. Koerber hatte noch durch einen ersten Diskussionsbeitrag die Versammlung zu beruhigen versucht. Aber der dann folgende ältere Parteifreund, Gatte unserer Landtagsabgeordneten Steinmann, breitete eine ganze Skala von Beschwerden über die kommunistische Politik aus, schilderte seine eigene Verhaftung und verlangte, daß die Regierungsmitglieder bei der Verteidigung der Verfassung mit gutem Beispiel vorangingen. Der nächste Diskussionsredner verwickelte Stoltzenberg in einen gereizten Wortwechsel über die Wahlfälschungen im vergangenen Mai. Die ausweichenden Antworten Stoltzenbergs wurden scharf kritisiert, dieser kämpfte mit einem Asthma-Anfall und verließ schließlich zornrot vorzeitig die Versammlung.

Nachdem Stoltzenberg gegangen war, meldete auch ich mich zu Wort, kritisierte die Form der Auseinandersetzung und versuchte – vergeblich – die Parteifreunde zu einer ruhigeren Betrachtung der Dinge zu bewegen.¹⁵¹ Die nachfolgenden Sprecher zogen weiter vom Leder, nannten die HO „die Fortsetzung des Monopolkapitalismus, einen Staatsmonopolkapitalismus, wie wir es uns schlimmer gar nicht denken können“. Sie bezweifelten das Wahlgeheimnis bei den kommenden Wahlen im Herbst 1950, wiesen auf das ausgedehnte Spitzelsystem in der Ostzone hin und sagten von Koerber ins Gesicht, daß er das Vertrauen der Mitglieder „nicht so einwandfrei“ habe. Dann bekam auch ich mein Fett weg: Parteifreund Weirich erklärte, er bedauere sehr, „daß Herr Schollwer, unser junger Freund, heute Gelegenheit genommen habe, Kritik an der Versammlung in dieser Form zu üben“. Erschöpft und mißgestimmt verließen alle am späten Nachmittag die Tagungsstätte.

Ich eilte zum nächsten Termin und referierte noch am gleichen Nachmittag vor Mitarbeitern der Kommunalen Wirtschaftsunternehmen (KWU) der Stadt Potsdam über das Wirtschaftsprogramm der LDP.¹⁵² Danach mit der S-Bahn nach Westberlin. Am Bahnhof Zoo ein riesiger Menschauflauf: mehr als tausend Studenten der Freien Universität demonstrierten für „Kuny und die freie Liebe“. ¹⁵³ Einsatzwagen der Polizei rasten heran, Polizisten vertrieben, Gummiknüppel schwingend, Demonstranten und Passanten aus der Hardenbergstraße.

Freitag, den 16. Dezember 1949

Gestern mittag beschloß der Jugendbeirat bei der Parteileitung, Anfang März kommenden Jahres auf der Parteischule Behrendorf einen Jugendlehrgang durchzuführen. Insgesamt 30 junge Parteifreunde aus allen Landesverbänden sollen teilnehmen. Am Schluß der Sitzung kam Eckardt auf die Verhaftung jugendlicher Parteimitglieder in Mecklenburg zu sprechen und regte an, Kastner und Hamann zu bitten, bei der Sowjetischen Kon-

trollkommission vorstellig zu werden, um Gründe für die Verhaftungen in Erfahrung zu bringen.¹⁵⁴

Heute wieder in Berlin, zur Sitzung des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen. Auch dieser Ausschuß befaßte sich mit den Verhaftungen in Mecklenburg und bat die Parteileitung, sich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen.

Nach dem Essen diskutierte der Ausschuß bevorstehende Änderungen bei den Studentenratswahlen, die in Zukunft von den kommunistischen Massenorganisationen FDJ und FDGB durchgeführt werden sollen. Damit wäre eine weitere Mitarbeit der LDP bei den Wahlen unmöglich. Der Ausschuß faßte darum eine Entschließung, in der die vom Hochschulausschuß erarbeiteten Vorschläge für die Durchführung dieser Wahlen „als die einzig mögliche Arbeitsgrundlage für eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit innerhalb der studentischen Selbstverwaltung an den Universitäten“ bezeichnet wurde.¹⁵⁵ „Eine Mitarbeit an Studentenratswahlen, die nur von einzelnen Organisationen getragen werden, lehnen wir im Hinblick auf die obigen Ausführungen ab.“

Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen und soll dem Parteivorsitzenden umgehend vorgelegt werden. Die Vertreter des Ausschusses werden von der Entscheidung telegrafisch in Kenntnis gesetzt.

Montag, den 19. Dezember 1949

Um 12 Uhr mittags begann heute bei der Sowjetischen Kontrollkommission das dritte Gespräch mit den Russen. Es dauerte diesmal 3¼ Stunden! Nun besteht kein Zweifel mehr: diese Leute sind von der NKWD. Heute waren es zwei andere Offiziere, die mich in die Mangel nahmen. Nach einigen Präliminarien kamen sie zum eigentlichen Thema. Sie verlangen von mir, mit ihnen bei der Aufspürung von „Schumacher- und Schwenicke-Agenten“ zusammenzuarbeiten. Ich wäre für diese Aufgabe der geeignete Mann. Ich lehnte dieses Ansinnen entschieden ab. Schließlich kamen sie mit dem Vorschlag heraus, ich solle meinen guten Willen dadurch unter Beweis stellen, daß ich ihnen zur nächsten Unterredung schriftliche Charakteristiken meiner Freunde und Bekannten mitbringe. Ich lehnte auch diesen Wunsch ab mit der Begründung, daß ich Landessekretär der LDP und nicht Spitzel sei. Die Herren zeigten sich verstimmt und wiederholten ihre Wünsche noch einige Male, stets mit dem gleichen Erfolg bzw. Mißerfolg. Dann ließen sie mich gehen.

Am Heiligen Abend 1949

Ein Weihnachtsfest, überschattet von ernsten politischen und auch persönlichen Sorgen. Noch immer bin ich nicht frei von den „Nachstellungen“ der NKWD, ein neuer Termin – 29. Dezember – ist mir bereits auferlegt. Eine ADN-Meldung vom gestrigen Tage über angebliche sowjet-

feindliche Äußerungen von fünf unserer zwanzig Landtagsabgeordneten kündigt neue Aktionen der Besatzungsmacht und der SED gegen die bürgerlichen Parteien an. Auf der jüngsten Arbeitstagung in Potsdam wurde allerdings deutlich, daß einige unserer Funktionäre und Mitglieder offenbar die Nerven verloren haben und sich darum zu Äußerungen gegen die Besatzungsmacht hinreißen ließen, die man – angesichts unserer Situation – nur noch als töricht bezeichnen kann. Es sieht so aus, als werde die Ostzone das Schicksal der kleinen ost- und südosteuropäischen Staaten erleiden müssen: die kommunistische „Diktatur des Proletariats“. Das soeben vom Papst eröffnete „Heilige Jahr 1950“ wird für uns Ostzonendeutsche wohl ein sehr unheiliges sein!

Donnerstag, den 29. Dezember 1949

Die vierte Unterredung mit der NKWD dauerte heute auf der Sowjetischen Kontrollkommission „nur“ zwei Stunden. Der erste Teil des Gesprächs war den Vorgängen in der Landtagsfraktion meiner Partei gewidmet. Man versuchte, diesen noch keineswegs geklärten Vorfall zum Aufhänger für neue Spitzelangebote an mich zu machen. Allen Bemühungen der sowjetischen Offiziere, mich dabei in die Enge zu treiben, konnte ich ausweichen. Auch dieses Mal ist die NKWD keinen Schritt vorangekommen – das bilde ich mir jedenfalls ein.

Inzwischen ist schon etwas mehr über die Vorgänge in der Fraktion bekannt. Den Berichten der „Märkischen Volksstimme“, der „Tagespost“ und des „Morgen“ aus den letzten Tagen ist folgendes zu entnehmen: Auf einer Sitzung der LDP-Landtagsfraktion am 19./20. Dezember sollen die Abgeordneten Hein, Baumann, Gaedecke, Orthmann und Priefert angeblich abfällige Äußerungen über die Politik der Ostzone gemacht haben. So habe Hein verlangt, daß die Werke sowjetischer Schriftsteller aus den Schulbibliotheken entfernt werden, denn die Schüler brauchten lediglich deutsche Literatur. Baumann, der die Inspektionsgruppe der HO leitet, habe die Fraktion „in entstellter Form“ über die Handelsorganisation informiert und erklärt, er beabsichtige seine Tätigkeit bei der HO dazu zu benutzen, um Informationen über den Geschäftsgang dieser Organisation zu erhalten. Gaedecke habe gefordert, in gleicher Weise auch Informationen aus den volkseigenen Betrieben einzuholen. Frau Orthmann wurde beschuldigt, die Fraktion ermuntert zu haben, „gegen die Teilnahme am Block der Parteien“ einzutreten. Und Parteifreund Priefert soll sich gar gegen eine Zulassung von Arbeiter- und Bauernstudenten an den Hochschulen mit der Begründung ausgesprochen haben, daß sie „eine schlechtere Erbmasse hätten und lange nicht so begabt seien wie die Kinder der bürgerlichen Klasse“ (ADN).¹⁵⁶

Mühlmann hatte sich sofort nach Erscheinen der ersten Presseangriffe schützend vor seine Fraktionskollegen gestellt und im „Morgen“ erklärt,

daß ADN falsch informiert sei und den fünf LDP-Abgeordneten etwas zugeschrieben habe, was diese in der Sitzung überhaupt nicht gesagt hätten. Auf dieses Dementi hin veröffentlichte ADN „weitere Einzelheiten“ und bekräftigte, nun auch Mühlmann attackierend, seinen ersten Bericht. Dabei wußte die kommunistische Nachrichtenagentur sogar zu vermelden, daß „schon in früheren Fraktionssitzungen der LDP verschiedene reaktionäre und antisowjetische Äußerungen der Abgeordneten gefallen“ seien, die man jedoch nicht in die Sitzungsprotokolle aufgenommen habe, „um keine Spur zu hinterlassen und um später mit verschiedenen Dementis auftreten zu können, wie es jetzt Dr. Mühlmann getan hat“.